

46. Jahrgang

2-2013

€ 4,50

UNWOHNEN

AMOS

erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet



renchite

oder

LEBEN

Inhalt

Kolumnen

- 3** *Hermann Schulz*
Heinrich Peuckmann
 Ein Träumer und Realist im Ruhrgebiet
- 4** *Wolfgang Belitz*
Bundestagsqualprogramme 2013

Schwerpunkt: unWOHNEN

- 5** *Günter Rausch*
Wohnen ein Menschenrecht?
 Mensch kann nicht Nichtwohnen
- 7** *Sebastian Müller*
Wohnungswirtschaft
von Bankkredit und Finanzmarkt gesteuert
- 9** *Viktoria Waltz*
Grundrecht Wohnen – mit reichlich Defiziten
 vor allem bei den Migranten und Migrantinnen der „ersten Generation“
- 11** *Stefan Hochstadt / Sebastian Müller / Daniel Zimmermann*
Eine Enquetekommission gegen
Wohnungsprivatisierung oder was?
- 13** *Brigitte Karhoff*
Kleinräumige Wohnungs- und Stadtpolitik
zur Armutsbekämpfung notwendig
- 16** *Gaby Schulten*
Wuppertal: Die Ölberg-Genossenschaft
sucht Kapitalgeber
- 16** **Berlin:**
Mieter wehren sich gegen Räumung
- 17** *Sally und Hartmut Preukschat*
Recklinghausen: trias –
was Stiftung fürs Wohnen heißen kann
- 18** *Volker Wilke*
Oberhausen: Leben wie in Riwotho –
ein Modell mit Zukunft?
- 20** *Rosemarie Ring*
Frauen Netzwerk Ruhrgebiet
Wohnen und Armut in der Region

1WURF

- 21** *Ian Pollock*
Wie in den USA so auch hierzulande.
 Hass wie eine Epidemie räumlich machen –
 und kurieren!

Menschenorte 18

- 22** *Manfred Walz / Hartmut Dreier*
Amasya – Marl – Amasya – Marl

Palästina

- 23** *Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost*
Statement anlässlich des Tages des Bodens 2013

Impressum ...	Seite 19
Abo-Bestellschein ...	Seite 21
Literatur / Lesetipps ...	Seiten 14, 17, 21, 22, 23
Anzeige Westfälisches Dampfboot ...	Seite 10
Anzeige Klartext Verlag ...	Seite 15
Anzeige Peter Hammer Verlag ...	Seite 24

Editorial

Ums Wohnen im Ruhrgebiet geht es schwerpunktmäßig in diesem Heft. Schon in der Kolumne ‚Menschenorte‘ ist davon die Rede, und die Redaktion demonstriert zugleich ihre Leidenschaft für Unkonventionelles und Widerständiges: Ali Cerik, im Ruhrgebiet seit 1971, und seine Frau Türkan, die ihm 1975 mit den Kindern folgte, bewohnen sommers ein inzwischen gekauftes und selbst umgebautes Zechenhaus in Marl. Im Herbst, Winter und Frühjahr wohnen sie im türkischen Amasya südlich von Samsun. Da wird am eigenen Haus gebaut, mit Geld zum Beispiel, das Ali und Türkan auf dem Bauernhof Schulte-Scherlebeck verdienen. Einer von beiden Landwirten bestellt die Felder, pflanzt und sät, und die Großfamilie Cerik übernimmt die Feldarbeit, die Ernte und Direktvermarktung von Bohnen, Kartoffeln, Kürbis, Lauch, Mais, Zwiebeln am Ackerrand. Die 15 Ceriks versorgen sich durch direkte „Entnahme“ von Obst und Gemüse, im Tausch für ihre Arbeitskraft.

Drei andere ungewöhnliche Wohnprojekte aus dem aufs Bergische erweiterten Ruhrgebiet schildern Gaby Schulten, Sally und Hartmut Preukschat und Volker Wilke. Sie alle stemmen sich – auf verschiedene Weise – gegen den Trend der Verwandlung von Wohnstätten in Waren oder Finanzmarktprodukte.

Wohnungswirtschaftliche Fakten im Ruhrgebiet werden in weiteren Beiträgen gründlich analysiert: Sebastian Müller zeigt an den Wohnungsgroßverkäufen der Kohle-, Energie- und Stahlunternehmen die Entwicklung zu einer von internationalen Finanzmärkten und Banken gesteuerten Kommodifizierung der Wohnung und zu all dem daraus folgenden Übel. Gemeinsam mit Stefan Hochstadt und Daniel Zimmermann durchleuchtet er kritisch, was die nordrhein-westfälische Landesregierung dagegen unternimmt. Viktoria Waltz zeigt uns die besonders problematische Wohnungsversorgung von Migranten, vor allem der älteren unter ihnen. Brigitte Karhoff beklagt, wie wenig informiert, ehrgeizig und umsichtig in den Ruhrgebietsstädten generell eine Wohnungspolitik für ärmere Menschen angegangen wird. Aber von der Realisierung eines Menschenrechts auf angemessenes Wohnen, gerade auch für sozial und ökonomisch schwächere Personen und Familien, wie es Günter Rausch vehement begründet fordert, sind wir derzeit in Deutschland wieder weiter entfernt denn je zuvor. Und dass die gute Behausung im Leben – zumal gar unter Besatzung wie in Palästina – an jedem Tag, in jeder Nacht noch grundsätzlich anders bedroht ist, bringt uns in diesem Heft die „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ zum „Tag des Bodens“ nahe sowie die dazu empfohlene Literatur.

Trotz alledem: Eine andere ‚Wohnwelt‘ ist machbar. Dass dies möglich wird, muss überall immer wieder neu erkämpft und gebaut werden, nicht zuletzt auch durch dieses Heft – nämlich dessen Inhalte und auch den ungewöhnlichen, gastfreundlichen und schön anders gestalteten Ort, an dem es ausgedacht und geplant wurde: im Mehrgenerationenhaus „BuntSTIFT“ der Baugenossenschaft „WOHN-RAUM eG“ in Bochum-Langendreer, Stiftstraße 40. Danke schön dafür!

Hermann Schulz

Heinrich Peuckmann

Ein Träumer und Realist im Ruhrgebiet

Zur deutschen Arbeiterdichtung gibt es zahlreiche Anthologien und Wissenschaftswerke. Das Ruhrgebiet nimmt in solchen Publikationen eine besondere Rolle ein, denn hier konzentrierte sich wie in wenigen anderen Landstrichen harte Arbeit in Bergbau und Eisenwerken.

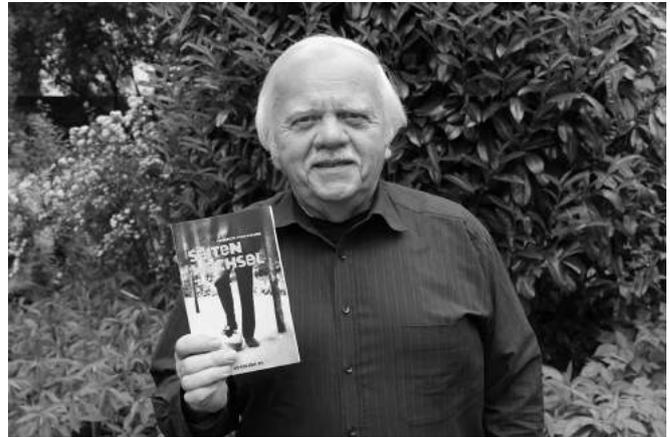
Drei Phänomene (der Sehnsucht? Fluchten? Ausbrüche?) hat es hier immer gegeben: die Brieftauben, den Fußball, Dichtung als das Bemühen, in Sprache zu fassen, was das Leben ausmachte. Die Tradition der Brieftauben ist leider stark zurückgegangen, BVB und Schalke sind populär wie selten zuvor, von Arbeiterdichtung allerdings spricht man kaum noch wie zu Zeiten von Max von der Grün oder Liselotte Rauner. Sie hatten mit ihren Publikationen überregionale Bedeutung, sind Teil der deutschen Literaturgeschichte. Andere typische Autoren wie Kurt Küther oder Hugo Ernst Käufer haben mit ihren Büchern die Grenzen des Ruhrgebietes kaum überschreiten können. Aber ist das entscheidend? Arbeit, Liebe und Sport fassten sie in Gedichte und Geschichten, die die Menschen anrührten.

Ein nostalgischer Abgesang allerdings wäre fehl am Platz, denn die Tradition der Arbeiterdichtung lebt weiter, auch wenn einem das Wort nicht mehr so leicht über die Lippen geht. Zu vieles hat sich verändert.

Hier geht es um den Schriftsteller Heinrich Peuckmann. Er ist Teil dieser Tradition. Mir begegnete der Name zum ersten Mal in einer Schule in Dorsten; im Lehrerzimmer fiel mein Blick auf einen Klassensatz Bücher, die gerade geliefert wurden: ein Buch von Heinrich Peuckmann. Ich fragte einen der Lehrer, was denn das Besondere an diesem Autor sei, dass man sogar einen Klassensatz anschaffte. „Der schreibt ohne Firlefanz, ganz gerade heraus – und spannend. Er schreibt von Leuten hier aus der Gegend! Das mögen die Schüler, und sie begegnen sich in seinen Geschichten selbst, und dem Alltag um sie herum.“

Auf einer Tagung des deutschen PEN-Zentrums lernte ich ihn persönlich kennen. Und schätzen! Er kommt aus einer Bergmannsfamilie, sein Werdegang war für mich deshalb ungewöhnlich: Studium der Germanistik, der Evangelischen Theologie und Geschichte. 1949 geboren, veröffentlichte er, neben seinem Beruf als Lehrer, seit 1984 Romane, Geschichten (für Jugendliche und Erwachsene), Kriminalgeschichten und Bücher über den geliebten Fußball. Auch biblische Themen tauchen immer wieder auf in der langen Liste seiner Publikationen; alles Schreiben dieses Mannes ist geprägt von Humor, Liebe, Lebensfreude und von einem unverstellten Blick auf Klassengegensätze.

2012 erschien sein Roman „Saitenwechsel“, der sicher die Schulen unserer Region schnell erobert hat. Hier geht es um Liebe zum Fußball, um den Jungen Arwed, Sohn eines Industriellen in behüteten, aber etwas langweiligen Verhältnissen. Durch einen Straßenstreit mit proletarischen Jugendlichen,



die sich den „feinen Pinkel“ vorknöpfen, und den Kontakt zum Fahrer seiner geliebten Großmutter kommt er – zum Verdross seines Vaters – in eine Jugendmannschaft; er beschließt, Profi zu werden. Sein Weg führt ihn in die Bundesliga (Bochum u.a.), auch nach Italien. Aber etwas von ihm, Arwed, bleibt immer zurück im Ruhrgebiet. Liegt das an seiner frühen Liebe? An der Güte seiner Großmutter? An der Strenge und dem Klassengeist seines Vaters, der ihn eher drangsaliert hat? Dazu muss der Autor keine Erklärung abgeben, sie ergibt sich für jede Leserin, jeden Leser aus der Geschichte selbst.

Der Roman „Saitenwechsel“ hat, wie alle Peuckmann-Bücher, Spannung, Tiefe und Humor, handelt auch von Liebe und Musik. Unmerklich steht der Autor an der Seite seiner Personen – und vertritt mit ihnen eine klare Moral, eine emanzipatorische Botschaft!

Moral in einem Buch, das auch Jugendliche erreichen soll? Das mag anrühlich klingen, bei Peuckmann mit seiner klaren Sprache spürt man keine Peinlichkeit.

Bei eigenen Lesungen in Schulen konnte ich feststellen, dass Jugendliche ein feines Sensorium haben für Autoren, die Moral predigen oder andere, die durch ihre Geschichten eine klare Haltung zeigen, als Persönlichkeiten glaubwürdig sind.

Das hat die Jahresversammlung des deutschen PEN-Zentrums wohl auch überzeugt, 2013 Heinrich Peuckmann trotz zahlreicher namhafter Kandidaten in den Vorstand zu wählen. Dazu sei ihm herzlich gratuliert.

Es sei noch angemerkt, dass Heinrich Peuckmann seit vielen Jahren Kontakte zu einer chinesischen Universität unterhält und dort 2015 ein Seminar über Literatur des Ruhrgebietes veranstaltet. Ein literarischer Botschafter unserer Region, wie wir ihn uns wünschen.

Der Roman von Heinrich Peuckmann „Saitenwechsel“ ist im Asso-Verlag erschienen.

Hermann Schulz lebt als Autor in Wuppertal. 2013 erschienen: „Mandela & Nelson. Das Rückspiel“ (April) und „Warum wir Günter umbringen wollten“ (September), mit Bildern von Maria Luisa Witte (beide Aladin Verlag, Hamburg)

Wolfgang Belitz

Bundestagsqualprogramme 2013

Eigentlich wollte ich die Bundestagswahlprogramme 2013 einiger Parteien lesen. Doch daraus ist leider nichts geworden. Das Programm der Partei DIE LINKE habe ich gar nicht erst zur Hand genommen, weil diese Partei leider in keinem Falle mitregieren wird.

Die CDU braucht auch gar kein Wahlprogramm 2013, sie hat bereits eins. Es ist Angela Merkel, das rätselhafteste Phänomen der politischen Nachkriegsgeschichte in Deutschland. Dreiviertel aller Wählerinnen und Wähler würden sie gerne wieder als Bundeskanzlerin sehen. Warum, weiß ich nicht. Frau Merkel hat kein einnehmendes Wesen, keine Ausstrahlung, kein Charisma, keinen beeindruckenden Intellekt, keine geistige Tiefe, keine rhetorische Brillanz, keine eigenen politischen Konzepte, keine wegweisenden Gedanken, keine integrativen Kräfte, keine kreativen Potentiale, kein überragendes Wissen, kurz, nichts von alledem, was einen außergewöhnlichen Politiker ausmachen könnte. Außer einem, was ausgerechnet ihr ehemaliger Partner aus dem Atomkartell, der frühere Vorstandsvorsitzende von RWE, Jürgen R. Großmann, in schöner Klarheit auf den Punkt gebracht hat: Frau Merkel sei eine „Macht-Mechanikerin ohne eigene Überzeugungen“. „Wenn die eigene Überzeugung nur die ist, an die Macht zu kommen und Macht zu behalten, dann reicht das nicht als Wahlprogramm und das merkt die Bevölkerung“, sagte Großmann (WAZ 19.05.2012). Bis heute hat die Bevölkerung nichts gemerkt und das reicht als Wahlprogramm.

SPD und die Partei Bündnis90/DieGrünen dagegen haben umfangreiche Bundestagswahlprogramme 2013 vorgelegt: „Das WIR entscheidet“ (120 Seiten) und „Zeit für den grünen Wandel“ (183 Seiten). Ich habe diese 303 Seiten nicht alle gelesen, weil mir die entscheidenden Passagen gefehlt haben. SPD und Grüne haben in ihrer gemeinsamen Regierungszeit der neoliberalen Konterrevolution in Deutschland zum Durchbruch und zum Sieg verholfen. Die Wirkungen der neoliberalen Konterrevolution sind verheerend. Die soziale Ungleichheit ist so groß wie noch nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte dieses Landes. Der private Reichtum hat unbeschreibliche Ausmaße angenommen; die Armut hat sich bis weit in die Familien der kleinen Arbeiter und Angestellten ausgedehnt. In Starnberg leben 4 Prozent der Kinder in Armut in Cottbus 44 Prozent. Die tausend Tafeln sind ein Ausdruck pathologischer Ungleichheit. Leiharbeit, befristete Arbeit, geringfügige Beschäftigung, Niedriglöhne haben sich zunehmend vermehrt und das Normalarbeitsverhältnis nachhaltig zerstört. Die Fixierung auf die Kosten der Arbeit und deren Reduktion haben die Arbeit der Menschen auch hierzulande geschändet, entwürdigt und ihres Sinnes beraubt. Das alles hat die rot-grüne Koalition zu verantworten.

Die Partei Bündnis90/DieGrünen bleibt davon fast gänzlich unberührt und tut in ihrem Wahlprogramm so, als ob nichts gewesen wäre. Das Programm reiht unaufhörlich eine Forderung an die andere, die zum Teil eine Aufhebung dessen sind, was die Partei zuvor mit eingeführt hat. Die Grünen bringen ihren Wählerinnen und Wählern erst Steuersenkungen und nun die Erhöhung derselben Steuern, ohne ihre Klientel zu verprellen. Der grüne Wandel ist schmerzlos. Die

SPD hat es da viel schwerer. Die Schröderpolitik hat die Partei ins Herz getroffen, gespalten und zu guten Teilen abgetötet. Die Tragik der SPD besteht darin, dass sie erneut mit dem alten Schröderpersonal in den Wahlkampf ziehen muss, das jetzt nicht gegen sich selbst Wahlkampf machen kann. Im Programm steht, dass die wunderbare Agenda 2010 leider zu mancherlei Missbrauch geführt habe. SPD-Politik heute soll also heißen: Schutz der Agenda 2010 vor Missbrauch. Das wird nicht funktionieren. Die SPD braucht einen programmatischen Neuanfang, der mit einer Absage an die Schröder-Politik beginnen muss. Leider gibt es keine neuen Köpfe in der Partei, keine herausragenden Persönlichkeiten der nächsten Generation. Das Personal und damit die Kraft für einen Neuanfang sind einfach nicht vorhanden.

Was den beiden rot-grünen Wahlprogrammen 2013 gemeinsam ist, ist das Fehlen einer gründlichen Abrechnung mit dem Geist und den Untaten des neoliberalen Kapitalismus. Zu formulieren gewesen wären in einer konkreten kraftvollen Vision die Grundzüge eines anderen Kapitalismus, eines Kapitalismus mit menschlichem Antlitz: Aufbau einer Wirtschaftsdemokratie (Macht- Geld- und Umweltkontrolle), Abbau der pathologischen Ungleichheiten bei Einkommen und Vermögen und Herstellung humaner Arbeitsformen, Ausblick auf eine neue Versöhnung von Arbeit und Leben in einem neuen Gesellschafts- und Geschlechtervertrag.

Von alledem sind wir weit entfernt. Wo wir uns stattdessen bewegen, zeigt ein Blick auf die Wahlvorbereitungen der FDP. Der NRW-Landesverband veröffentlichte gerade ein Wahlplakat für Westerwelle mit dem Slogan: „Gerechtigkeit statt Umverteilung – Das geht nur mit uns“. Immer wenn die konservativen Akteure des neoliberalen Kapitalismus sich mit sozialer Gerechtigkeit befassen wollen, wird die Konfusion bis zur Absurdität gesteigert. Der FDP-Slogan ist gedanklicher Schwachsinn oder mehr noch: Er ist vollkommen sinnlos. Seit Aristoteles ist Gerechtigkeit Verteilungsgerechtigkeit (iustitia distributiva). Sie will jedem Menschen das Seine zuteilen oder lassen oder wiederverschaffen oder abverlangen oder ermöglichen. Sie will so viel Gleichheit wie möglich und so viel Ungleichheit wie nötig. Sie ist die Bedingung der Möglichkeit der Freiheit aller. Auf dem Weg dieser Gerechtigkeit ist Leben.

Der FDP-Slogan ist ein neuer Meilenstein auf dem Irrweg der weit weg führt von einer sozialen Marktwirtschaft und schon gesäumt wird von Meilensteinen der Konfusionspezialisten der CDU (Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit) und der neuen Vordenkerin der Grünen (sinngemäß: Der Staat darf nicht wie bisher Gleichheit herstellen wollen, sondern muss Gerechtigkeit ermöglichen).

Es bleibt dabei: Auch in diesem Jahr werde ich wie immer in den letzten 50 Jahren zur Bundestagswahl gehen und wie immer dieselbe Partei wählen.

Wolfgang Belitz, Mitherausgeber, und seit 1998 ständiger Kolumnist des AMOS, seit 1970 Sozialpfarrer der Ev. Kirche von Westf., lebt in Unna.

(Die ersten 50 AMOS-Kolumnen von W. Belitz, erschienen 1998 bis 2010, sind nachgedruckt in: Freiheit durch Gerechtigkeit. Schlüsseltexte zur neoliberalen Konterrevolution. Hg. von W. Wendi-Kleinberg, LIT-Verlag, Münster, 2010)

Günter Rausch

Wohnen ein Menschenrecht!?

Mensch kann nicht Nichtwohnen

„Ich habe eine große Wahrheit entdeckt, zu wissen, dass die Menschen wohnen und dass der Sinn der Dinge sich für sie wandelt je nach dem Sinn ihres Hauses“, schreibt Antoine de Saint-Exupéry. Und ein bekanntes Möbelhaus fragt aphoristisch „Wohnst du noch oder lebst du schon?“ Wie hängt das Wohnen mit dem menschlichen Sein zusammen? Für „gewöhnlich“ fragen wir nicht nach der Bedeutung des Wohnens. Unsere häusliche Umgebung und alltäglichen Abläufe sind wir „ge-wohnt“. Aber mitunter „wohnen zwei Herzen, ach, in unserer Brust“. Und wer in der Bibel nachschlägt, wird immer wieder auf das Wörtchen „wohnen“ stoßen: David verkündet in Psalm 132,13-14: „Denn Jahwe hat Zion erwählt, hat es begehrt zu Seiner Wohnstätte. Dies ist meine Ruhe immerdar, hier will ich wohnen ...“ Bei Ezechiel (in 37,26f.) spricht Gott: „Ich werde mitten unter ihnen für immer mein Heiligtum errichten und bei ihnen wird meine Wohnung sein.“ (In der 1975 revidierten Lutherübersetzung heißt es: „Denn der Herr hat Zion erwählt, und es gefällt ihm, dort zu wohnen. ‚Dies ist die Stätte meiner Ruhe ewiglich; hier will ich wohnen, denn das gefällt mir...‘. – und bei Hesekeil 37,26f: „Und ich will mit ihnen einen Bund des Friedens schließen ... Und ich will sie erhalten und mehren, und mein Heiligtum soll unter ihnen sein für immer. Ich will unter ihnen wohnen und will ihr Gott sein, und sie sollen mein Volk sein ...“) Und Johannes (14,2-3) verheißt gar eine himmlische Wohnanlage: „In meines Vaters Hause sind viele Wohnungen.“ (bzw. „Im Hause meines Vaters sind viele Wohnungen ... Wenn ich nun hingehere und die Stätte für euch bereitmache, will ich wieder kommen und euch zu mir nehmen, damit ihr seid, wo ich bin.“)



Wohnen scheint seit alters her im Zentrum von Wünschen und Ängsten zu stehen. Es ist der Dreh- und Angelpunkt der menschlichen Existenz. Menschen suchen sich ein Heim, richten sich dort ein, gestalten es nach ihren Wünschen und Möglichkeiten, teilen es mit ihren Liebsten und suchen dort Schutz, Ruhe und Erholung. Und wenn sie ihr Zuhause verlassen, um arbeiten oder einkaufen zu gehen, kehren sie wieder an diesen Ort zurück. Diese Ge-wohn-heiten des Alltags vermitteln lebensweltliche Geborgenheit. „Trautes Heim, Glück allein“ ist eine alte Redensart, die wohl eine große Sehnsucht ausdrückt. Nur der Menschensohn muss auf dieses

vertraute Wohnen verzichten: „Die Füchse haben Gruben und die Vögel des Himmels Nester; der Menschensohn dagegen hat nichts, wo er sein Haupt hinlegen kann“ (Matthäus 8,20). Dieses Gleichnis verweist darauf, wie selbstverständlich es zum Leben gehört, eine feste Wohnung innezuhaben, gleichzeitig wird aber auch signalisiert, wie schwer es fällt, darauf zu verzichten. Übersetzt man „wohnen“ ins Englische, heißt es „to live“, was sowohl „wohnen“ oder „hausen“, aber auch „leben“ heißt! Wohnen und Leben gehören untrennbar zusammen. Für den Philosophen Martin Heidegger heißt Mensch sein, „als Sterblicher auf der Erde sein, heißt: wohnen“ (Heidegger M., 1954: 140f.).

Ein „Dach über dem Kopf“ allein reicht dem Menschen nicht zum Wohnen. Was der Mensch zum Wohnen und Leben braucht, ist mehr als eine „Behausung“. Selbst ein technisch hinreichendes Wohngehäuse, das Schutz vor Wind, Wetter etc. bietet, genügt nicht, um Wohnzufriedenheit herzustellen. Von Bedeutung sind augenscheinlich die innerpsychischen und die sozialen Beziehungen, die sich mit dem Wohnen verbinden. Einen erheblichen Teil des Lebens verbringt der Mensch gewöhnlich in seiner Wohnung und im unmittelbaren Wohnumfeld. Für viele Menschen, zum Beispiel für Kinder, Eltern mit Kleinkindern, Senioren, Kranke oder HeimarbeiterInnen, ist dies überhaupt der entscheidende Ort ihrer Lebensverwirklichung.

Nicht zuletzt gilt die Wohnung, die Wohnlage, häufig auch als Indikator zur Bestimmung des gesellschaftlichen Status und des persönlichen Geschmacks. Aus der Art und Weise des Wohnens werden Reichtum und Erfolg, aber auch Gestaltungsfähigkeit und Kreativität abgeleitet. Dies gilt auch umgekehrt: Die Wohnadresse oder oftmals auch nur die Nennung gewisser Stadtteile führt immer wieder zu Diskriminierung oder zu Benachteiligungen, beispielsweise bei der Lehrstellensuche. Der Wohnort, das Wohnquartier, die Nachbarschaft, der Stadtteil und die kommunale Gemeinschaft bilden den relationalen Raum, der unser alltägliches Leben birgt. Hier entstehen wichtige Grundlagen des sozialen Kapitals, das sich in Nachbarschaftsverhältnissen, Freundschaften und solidarisches Netzwerken widerspiegelt.

Obdachlos bzw. wohnungslos zu sein ist eines der schlimmsten Widerfahrnisse menschlichen Seins. Die Sicherung der Wohnung gehört seit alters her zu den wesentlichen Herausforderungen der Daseinsorge. Den Wohnort und seine Umgebung zu hegen und zu schützen bedurfte schon immer der Mithilfe, der Solidarität und des Zusammenhaltes von Gemeinschaften. Wohnen steht von daher in der modernen Geschichte unter dem besonderen Schutze des Staates. Hierfür galt in der Bundesrepublik lange Zeit das Modell des Sozialen Wohnungsbaus als beispielhaft. Aber ist deshalb „Wohnen ein Menschenrecht“?

Als Menschenrechte gelten die elementaren Rechte, die jedem Menschen unabhängig von seinen sonstigen indivi-

duellen Eigenschaften alleine aufgrund seines Menschseins zukommen und zur Entfaltung des menschlichen Wesens unabdingbar sind. Wer denkt da nicht z.B. an das Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Recht auf freie Meinungsäußerung, also an bürgerliche Freiheitsrechte, wie wir sie seit dem 18. Jahrhundert kennen? Erst 1948 wurde im Art. 25 Abs.1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen erklärt, jeder habe „das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung (...)“. Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland allerdings nahm ein Grundrecht auf Wohnen nicht auf. Erst 1960 wurden diese sozialen Rechte der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte umfassend in der Europäischen Sozialcharta und 1966 im UN-Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ausformuliert. Die Europäische Sozialcharta benennt konkret in der Fassung vom 3.5.1996 im letzten, dem 31. Punkt explizit das Menschenrecht Wohnen: „Jedermann hat das Recht auf Wohnung.“

Soweit dürfte die Frage, ob „Wohnen nun ein Menschenrecht“ ist, relativ klar mit Ja beantwortet werden, zumal Deutschland diese Charta ratifiziert hat. Die reine Deklaration von universell garantierten Rechten wurde aber nicht von ungefähr immer wieder argwöhnisch beäugt oder gar belächelt. Sie verpflichtet ja zunächst einmal nur die Staaten dazu, die Rahmenbedingungen zur Realisierung dieser Rechte zu gewährleisten. Was passiert, wenn ein Staat trotzdem diese Grundbedürfnisse der Menschen nicht schützt? Dafür hat die UN-Generalversammlung am 10. Dezember 2008 ein sogenanntes Fakultativprotokoll beschlossen, das jedem Individuum ein spezielles Beschwerderecht zum Schutz der Menschenrechte einräumt. Wer sich in seinen Sozialrechten verletzt fühlt, kann sich nach Ausschöpfung des staatlichen Rechtsweges an Sonderberichterstatter/innen wenden. Deutschland verweigert dies bis zum heutigen Tag!

Wer sich mit den konkreten Wohnungsnot von armen und benachteiligten Menschen in unseren Städten beschäftigt, wird sich fragen, welche Relevanz diese politisch sicherlich wichtigen Rechtsentwicklungen für die jeweiligen Betroffenen letztlich haben. Was nützt es etwa dem Obdachlosen, der sich in einer kalten Winternacht irgendwo in einer Gartenlaube verkriecht, wenn er sein Menschenrecht auf Wohnen nicht unmittelbar im Hier und Jetzt auch materiell einlösen kann? Was hilft es der alten Frau, die mit ihrer geringen Rente nicht mehr die hohen Heiz- und sonstigen Nebenkosten aufbringen kann? Was bringt es der Familie, die ihre Kinder vernachlässigen muss, weil beide Eltern rund um die Uhr malochen gehen, um die hohe Miete aufbringen zu können? Soll man sie etwa auf den langen juristischen Weg bis zum Menschenrechtsgesichtshof verweisen?

Andererseits ist es durchaus wichtig, die Bürger- und Menschenrechte gerade in den elementaren Fragen der Existenzsicherung immer wieder in der Öffentlichkeit deutlich zu benennen und die Verantwortung der Politik in den Kommunen, in Land und Bund für die Daseinsorge für Jedermann und Jede(r) einzufordern. Dazu muss man auch auf die Durchsetzung geltenden Rechtes drängen. Inzwischen gibt es eine Rechtsprechung, die die rechtliche Sicherheit, die prinzipielle Verfügbarkeit und den offenen, diskriminierungs-

freien Zugang zu Wohnraum sowie bestimmte Bedingungen an Wohnqualität und Lage für einklagbar hält. Menschengerechtes Wohnen muss auch dann gewährleistet sein, wenn die individuellen finanziellen Mittel für den Erwerb und/oder Unterhalt nicht ausreichen. Die Gesetze des Marktes gehen nun einmal nicht über die Menschenrechte. Von daher ist Menschen, die in ihren Menschenrechten bedroht sind, der benötigte juristische Beistand zu gewähren.

Im Vordergrund muss freilich das Engagement zur Verhinderung bzw. Linderung konkreter Wohnungsnot insbesondere auf der politischen Ebene stehen. Im letzten Jahrzehnt haben sich die politisch Verantwortlichen zunehmend aus der Wohnungsversorgung zurückgezogen. Der Staat hat Schritt für Schritt das existentielle Grundbedürfnis auf eine menschengerechte Wohnung den rauen Gesetzen des Marktes überlassen. In der Folge haben sich in den Städten die Mietpreise teilweise exorbitant entwickelt und der öffentlich geförderte Mietwohnungsbau ist faktisch auf der Strecke geblieben. Selbst Arbeitnehmerhaushalte mit durchschnittlichen Einkommen haben heute oftmals große Probleme, die Mieten noch bezahlen zu können. Die Wohnungslosenzahlen steigen parallel in erschreckendem Maße. Die Sorge um das Dach überm Kopf bereitet immer mehr Menschen in unserem Lande große Probleme.

Vor diesem Hintergrund sind grundlegende Auseinandersetzungen um ein menschengerechtes Wohnen gefordert. „Soziales Wohnen“ und „bezahlbare Mieten“ gehören zu den aktuell größten sozialen Herausforderungen. Dies darf nicht den Parlamenten und schon gar nicht den Wahlkämpfen überlassen werden. Die gemeinsame Sorge um das Wohnen als elementare Daseinsfrage muss wieder zu einer wichtigen Bedeutung jeglicher Gemeinschaft werden. Gerade unsere Kirchen, die ja an allen Orten, in allen Stadtteilen und Quartieren vertreten sind, sollten die „neue Wohnungsfrage“ auf ihre Agenda setzen. Was wissen wir über die Wohnverhältnisse vor Ort? Wie wohnen die Menschen in unserer Nachbarschaft? Wie hoch sind die Mieten bei uns? Wo drückt sonst noch der Schuh? Mit solchen und ähnlichen Fragen sollte sich jede Kirchengemeinde und jede diakonische Institution regelmäßig befassen. Sie werden auf positive Resonanzen stoßen bei den betroffenen Mietern und Mieterinnen, denn diese fühlen sich oftmals hilf- und machtlos. Wo, wenn nicht in diesen Kontexten sollten wir den Appell des Alten Testaments ernstnehmen: „Öffne Deinen Mund für die Stummen, für das Recht aller Schwachen!“ (Sprüche 31,8). In dieser sozialen Verantwortung für die Menschen im Umfeld der Kirchengemeinden, insbesondere im solidarischen Eintreten auch mit Bündnispartnern für die Durchsetzung des Menschenrechtes auf Wohnen wird sichtbar, was Dietrich Bonhoeffer mit seinem berühmten Plädoyer für eine „Kirche für andere“ meinte. Vielleicht kriegen wir dann auch eine Vorstellung von den Offenbarungen des Johannes über das himmlische Jerusalem, das Gott bei den auf Erden wohnenden Menschen aufgerichtet hat. Er wird bei ihnen wohnen, und sie werden seine Völker sein (siehe 21,3).

Günter Rausch, Prof. Dr., arbeitet im Fachbereich Soziale Arbeit zum Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit, Sozialarbeitswissenschaft, Sozialmanagement an der Evangelischen Hochschule Freiburg, einer Staatlich anerkannten Hochschule für Soziale Arbeit, Diakonie und Religionspädagogik.

Sebastian Müller

Wohnungswirtschaft von Bankkredit und Finanzmarkt gesteuert

In Nordrhein-Westfalen wohnt weit über die Hälfte der Bevölkerung zur Miete. Die Wohneigentumsquote ist 39,1%. Wer hier individuelles Wohneigentum erwirbt oder baut und sich von den Schulden und den Abschlussgebühren kassierenden Bausparkassen nicht unterkriegen lässt, sollte sich trotzdem nicht als Held der Wohnungswirtschaft fühlen. Er oder sie gehören in der Regel zu den ökonomisch Bessergestellten. Er oder sie kann sich aber als Randgruppe fühlen. Er oder sie steht nämlich in Deutschland – anders als in vielen anderen Nationen – nicht im Zentrum der Wohnungsfinanzwirtschaft. Diesen Platz nehmen große Vermieter ein. Das ist Folge eines besonderen historischen Erbes der Nachkriegszeit und der spezifischen Regulation des Wohnungs- und Städtebaus in der frühen Bundesrepublik und der DDR. In Westdeutschland konnte sich ein sozialer Wohnungsbau durchsetzen, der massenhaft Mietwohnungen und den Geschosswohnungsbau nicht nur für die Armen, sondern für breite Schichten des Volkes auf den Weg brachte. Die DDR verstaatlichte den Mietwohnungssektor und baute anschließend Großwohnsiedlungen. Beide Modelle konzentrierten ungleich größere Finanzierungsansätze als im Einfamilienhausbau.



Brandbeschleuniger Privatisierung

Obwohl 1989 diese Epoche durch die Abschaffung der „Wohnungsgemeinnützigkeit“ so gut wie beendet wurde, wirkt diese Geschichte noch heute nach. Die Abwicklung des sozialen Wohnungsbaus, die seit der Finanzmarktöffnung durch die rot-grüne Bundesregierung um das Jahr 2000 herum von der internationalen Immobilienfinanzwirtschaft aufgegriffen wird, erweist sich gerade als ein Auslöser aktueller Kreditorgien, bei denen es um Hunderte und Tausende von Wohnungen und um viele Millionen und Milliarden Euro geht. Gerade in der Globalisierung der Immobilienwirtschaft geht es nun nicht mehr um Wohnen als einer Art Gegensatz zur Arbeit, also um Selbstverwirklichung, Freizeit und so fort, sondern um die Geld- oder Vermögenswerte, die als Kredit, Beteiligung, Hypotheken oder Hypothekenderivate am Kapitalmarkt gehandelt werden. Seit etwa 10 Jahren rollt eine Privatisierungswelle ehemals öffentlich geförderter Wohnungen von bisher ungesehener Gewalt durch die Republik, bei der Werkwohnungsunternehmen, Städte und Bundesländer

und auch die Bundesrepublik mit einer Reihe von ihr kommandierter Wohnungsgesellschaften wie denen von Bahn und Post oder von der Deutschen Treuhand skrupellos mitmachten, so dass von 1999 an bis heute geschätzte 900.000 bis 1,2 Millionen solcher Wohnungen die Besitzer wechselten. Im Ruhrgebiet ist die Privatisierungswelle besonders gut zu besichtigen, weil hier zusätzlich zu den Wohnungen aus öffentlichen Händen u.a. auch die gesamten Berg- und Stahlarbeiterwohnungen des 20. Jahrhunderts verkauft wurden. Das war ein gewaltiger Schritt vorwärts in der systematisch betriebenen Erodierung der staatlich-öffentlichen Wohnungswirtschaft und ihrer Umwandlung zu einer Quelle des Profits für den privaten Sektor, der hier parasitär aus dem öffentlichen Sektor erweitert wird.

Machen wir uns eine Vorstellung von der Höhe der Kredite

Spätestens seit 2006 mit dem Verkauf der 130.000 Wohnungen der VEBA/Viterra/EoN im Ruhrgebiet für 6,2 Milliarden Euro war klar, dass es sich dabei um die Einverleibung dieser Wohnungsunternehmen samt der Wohnungen, die sie bewirtschaften, in die Finanzindustrie handelte. Die Deutsche Bank, Abteilung Forschung, bejubelte die Finanzarchitektur des Deals als ganz außerordentlich innovativ. Die Käuferin, die Deutsche Annington, war Tochter einer britischen Annington, die das erforderliche Geld für den Kauf nur dadurch auf den Tisch legen konnte, dass dahinter ein Anlagenfonds mit Hunderten von dickeren Geldgebern gestellt wurde und der Kauf über einen Riesenkredit von 4,7 Mrd. mehrerer großer Investitionsbanken, federführend die Barclays in London, gestützt werden konnte. Nach demselben Schnittmuster werden auch 2012 und 2013 die Aufkäufe von 21.000 Mietwohnungen des Landes Baden-Württemberg (LBBW) und 33.000 Wohnungen des Landes Bayern (GBW) finanziert sein, deren Gesamtwert zusammen 3,89 Mrd. beträgt. Den Deal machte das angeblich bodenständige Immobilienunternehmen Patrizia GmbH aus Augsburg. Ein Etikettenschwindel. Es waren Fondskonstruktionen, in denen Patrizia Konsortiumsführerin ist. Für Bayern bildeten siebenundzwanzig, für Baden-Württemberg elf institutionelle Investoren die Fonds.

Reden wir über die Schuldenlast

Die Wohnungsfonds schieben große Schuldenlasten vor sich her und versuchen, sie durch Erhöhung von Mieten und durch Vernachlässigung der Wohnungsbestände zu verringern. Mindestens die Zinszahlungen decken die Mieten sowieso ab. Die Verschuldung der Fonds ist erheblich, wie an der Kreditsumme für den Viterra-Kauf durch Annington gezeigt. Die Banken haben schon vor der Finanzmarktkrise 2008 den Immobilienfirmen so viele Kredite bewilligt wie sie wollten. Sie tun es anscheinend jetzt ungebremst wieder. Dadurch steigt der Fremdkapitalanteil auf ungeahnte Höhen – eine Verschuldung, die schon einigen das Genick gebrochen hat. Als besonders hoch verschuldet gilt die Bonner IVG. Das

Unternehmen steht bei den Banken mit 4,8 Milliarden Euro in der Kreide. Die Schulden machen inzwischen 72 Prozent der Bilanz aus. Auch bei der Gagfah sieht es gefährlich aus. Sie schiebt einen Schuldenberg von 5,7 Milliarden vor sich her. Der Verschuldungsgrad beträgt 67 Prozent. Auf die üblichen Quartalsdividenden mussten die Anleger schon einmal seit Anfang 2011 verzichten. Auch von der TAG-Immobilien, die Ende letzten Jahres 11.000 Wohnungen der Treuhand von der Bundesregierung kaufen konnte und zugleich die Länder Brandenburg und Berlin durch einen legalen Steuertrick um die Grunderwerbssteuer prellte, wurde schon 2011 berichtet, dass sie Mitte des Jahres einen Schuldenstand von 1,1 Mrd. Euro erreicht hatte.



Finanzialisierung der Wohnungswirtschaft

Das Aufbauen solcher Schuldenberge hat offensichtlich System. Es manövriert die Kredite gebenden Banken in eine zentrale Steuerungsfunktion, die mit den Private-Equity-Fonds Synergien eingehen, und entwickelt die Hochfrequenzfinanzmarktjonglage mit undurchsichtigen Finanzinnovationen weiter, samt der semikriminellen Entwicklung von Steueroasen in der City of London bis zu den Cayman Islands und der Auslagerungen von Vermögen und Aktivitäten dorthin. Finanzmarktinnovationen kommen schneller auf den Immobilienmarkt als Regulierung und Aufsicht schauen können. Hedgefonds arbeiten daran, die Zahl der Finanztransaktionen im Computerhandel von derzeit 250.000 auf 400.000 pro Sekunde zu erhöhen. Da scheint sich die Wohnung als Wirtschaftsgut, das als besonders bodenständig, kulturverhaftet und lokal bestimmt gilt, in seiner Finanzialisierung durch Kredit und Banken von diesen Ortsverhaftungen zu befreien. Das geringe Interesse der Private-Equity-Investoren am Objekt der Investition, mangelhafte Lage- und praktische Wohnungsverwaltungskennntnis oder die ortsferne Mieten- und Objektverwaltung, die immer wieder zu Fehler führen, scheinen ebenfalls für eine solche These zu sprechen. Trotzdem stimmt sie nicht, schaut man genauer hin. Einerseits wird jeder größere Zahlungsausfall am Wohnort aufgrund von Mietminderung, Mietstreik, größeren oder längeren Leerstand schnell den Nachschub für den Bankenzins und dann die Tilgung blockieren und damit erst den Kredit der Bank und schließlich die Bank selber vor Existenzfragen stellen. Andererseits schlägt jede Finanzmarkt- und Bankenkrise, jede Pleite ei-

nes Wohnungsfonds auf die Mieter am Ort der Wohnungen durch. Sie werden vom Insolvenzverwalter als Teil einer Konkursmasse begriffen und entsprechend mäßig oder schlecht behandelt und in eine Abwärtsspirale der Lebensqualität in der Mietsache oder der Wohnungssubstanz gedreht. Die Monopolpreisbildung des Bodens wird sofort wieder wirksam. Diese Monopolpreisbildung des Bodens hat aber entscheidende stadt- und raumstrukturierende Wirkung. Diejenigen, die am meisten für einen bestimmten Ort bezahlen können, schließen andere mit geringerer Zahlungsfähigkeit von diesem aus. Auch das ist im Ruhrgebiet gut zu besichtigen. Man liegt nicht falsch damit, die A 40 nicht nur als Autoverbindung zwischen dem Osten und dem Westen des Ruhrgebiets zu sehen, sondern auch als Sozialäquator zu begreifen. Südlich davon liegen in der Regel die Wohn- und Arbeitsorte der wohlhabenderen Schichten, nördlich davon die der unteren Einkommensklassen und der Armen.

So darf Wohnungspolitik sich aus der Sicht des Ruhrgebiets nicht auf eine Mieter-, Mieten- und Mietrechtspolitik und eine ausgleichende städtische Bodenpolitik beschränken, um dem privaten Profit aus der Bodenrente und der sozialen Segregation Schranken zu setzen. Sie muss Niedrigeinkommensbezieher mit Wohnungen versorgen. Sie darf nicht in den Schrei nach mehr Mietwohnungen einstimmen, solange nicht darüber Klarheit geschaffen ist, für welche soziale Schicht und wo gebaut wird, wie eine gemeinnützige Bewirtschaftung aussieht und wie die Miete und Energiekosten für das Neubauen gedeckelt werden. Sie darf sich nicht begnügen, rebellisch Freiräume für besondere Wohnformen und Sozialmodelle einzufordern und auf deren staatliche Förderung zu pochen, so bedeutsam besondere Formen der Wohnfreiheit und vor allem das kommunitäre Zusammenwohnen und -wirtschaften für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft sind. Aus diesen Freiheitsbedürfnissen und sozialen Ansprüchen an das Wohnen speist sich viel Widerstand dagegen, Wohnungen zur Ware zu erniedrigen.

Wohnungspolitik wird zu einem großen Anteil Finanzwirtschaftspolitik sein müssen. Es muss in der deutschen Wohnungspolitik auch darum gehen, einfache Bestandswohnungen aus dem privaten Bestand, gerade auch aus dem finanzialisierten Bestand, herauszulösen – womit auch immer, durch Geld, durch Gesetz oder durch Enteignung. Und es muss der politische und ökonomische Einfluss des Finanzmarkt- und Bankensektors wieder zurückgedrängt werden. Steuerschlupflöcher müssen gestopft, eine straffe Regulierung des Hypotheken- und Hypothekenhandelmarktes muss international durchgesetzt werden. Verschuldungsgrenzen in der Immobilienfinanzierung beim Kauf von Wohnungsunternehmen müssen eingeführt und radikal niedrig angesetzt werden. Hedgefonds sind von der Immobilienfinanzierung auszuschließen. Private-Equity-Fondsstrukturen sind durch die staatliche Bankenaufsicht einer Berichtspflicht zu unterwerfen und in jeder Hinsicht permanent zu prüfen und zu regulieren.

Sebastian Müller ist Soziologe, Planungs- und Wohnungswissenschaftler. Er lebt in Dortmund.

Viktoria Waltz

Grundrecht Wohnen – mit reichlich Defiziten

vor allem bei den Migranten und Migrantinnen der „ersten Generation“

Migranten haben zwar an Wohnverbesserungen teilgenommen, aber in den ‚besseren Segmenten‘ sind sie kaum vertreten. Vor allem gilt dies für die Älteren – und unter ihnen besonders für die Frauen. Die „erste Generation“ kommt ins Rentenalter; sie soll im Blickfeld dieses Beitrags sein.

Deutschland wird auch im Alter ‚bunter‘

Obwohl die ausländische Bevölkerung im Vergleich zur deutschen noch deutlich jünger ist, vollzieht sich auch in ihrer demografischen Zusammensetzung ein sichtbarer Wandel: 2011 registriert das Ausländerzentralregister den Anteil der über 65-Jährigen unter den Ausländern und Ausländerinnen (alle mit ausländischem Pass ohne Flüchtlinge, etwa die Hälfte aller Migranten, d.h. inbegriffen Eingebürgerte, Aussiedler oder Flüchtlinge) mit durchschnittlich 23%. Allein zwischen 1995 und 2003 machte die Gruppe der über 60-jährigen Ausländer/innen bereits 10% an allen aus. 2011 waren es schon 15%. Die Bundesregierung rechnet damit, dass 2020 die Zahlen bei ca. 1,99 Mio. und 2030 bei ca. 2,85 Mio. liegen. Hochaltrigkeit ist noch selten, 2011 waren Migranten mit 5,8% an allen 85- bis 95-Jährigen beteiligt. Wir müssen davon ausgehen, dass die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland auch im Alterssegment ‚bunter‘ werden wird.

Migranten im Alter noch mehr von Armut betroffen

Die 1. Generation hat zwar den Wirtschaftsaufschwung im Nachkriegsdeutschland wesentlich und unter den härtesten Arbeitsbedingungen mitgetragen, im Alter sind diese ‚Gastarbeiter‘ jedoch zumeist von Armut betroffen. Ihr immer schon beengter Wohn- und Lebensspielraum ist nicht größer geworden. Dies ist strukturellen Defiziten geschuldet – u.a. dem zumeist niedrigen Ausbildungsniveau, fehlenden Chancen, relativer Sprachlosigkeit, dem niedrigen Status als zumeist ungelernte/r Arbeiter/in, den gebrochenen Erwerbsbiografien der Frauen bei Doppelt- und Dreifachbelastung. Hinzu kommt die fehlende Anerkennung bzw. die Nichtanerkennung im Herkunftsland erworbener beruflicher Qualifikation. Die Zahlen sind nach 60 Jahren arbeitsorientierter Einwanderung bestürzend, zum Beispiel wie folgt:

- Nur 32,3% der Ausländer im erwerbsfähigen Alter hatten im Dezember 2010 eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, dagegen 54,0% der Deutschstämmigen.
- Mit 35,2% lag 2010 ihr Anteil am Niedriglohnsektor doppelt so hoch; mit 39,5% sind 2010 Ausländer fast doppelt so häufig als Arbeiter tätig, gegenüber 22,9%.
- Ausländer sind 2010 mit 40% unverhältnismäßig vertreten bei Bergbau/Energie/Wasserversorgung und Baugewerbe sowie mit 21,6% im Dienstleistungsbereich an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
- Ausländer arbeiten 2010 häufiger in den Minijobs: 13,8% gegenüber 8,8% aller geringfügig Beschäftigten.
- Mit 16,9% in 2011 sind Ausländer mehr als doppelt so hoch von Arbeitslosigkeit betroffen gegenüber 7,2% und besonders hoch in den älteren Jahrgängen; 22% der ausländischen Ar-

beitslosen waren zwischen 50 und unter 65 Jahren alt, wobei Türken mit 25% den höchsten Anteil in ihrer Gruppe aufweisen.

- Ausländer tragen ein höheres Armutsrisiko: 13,8% gegenüber 6,2%; selbst bei Berufstätigkeit sind sie noch mit 11,9% gegenüber 4,9% betroffen; bei der Gruppe der 50 – 64-Jährigen sogar 19,5% und bei den über 65-Jährigen (Rentner) 16,6%. Armut beginnt bei weniger als 60% des Median-Einkommens: 2010 waren es 1.426,00 €; bei einem Haushalt mit 4 Personen 2.892€, die Armutsgrenze lag also bei 1.735 €.
- Ausländer sind in höherem Maße von Transferleistungen abhängig: Grundsicherung mit 16,2% gegenüber 7,8%; Sozialhilfe mit 7,5% gegenüber 2,9%; Arbeitslosenhilfe mit 4,6% gegenüber 3,6% bei den Deutschen; damit ist jede fünfte Person mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter gegenüber jeder vierzehnten Person ohne Migrationshintergrund von Leistungen der Grundsicherung abhängig gewesen.
- Einkommen: Nur 14% der Ausländer erzielen mehr als 2.000 Euro pro Monat, gegenüber 23%; 45% sind in der Einkommensgruppe bis 1.100 Euro gegenüber 37%, 44% unter 900 Euro gegenüber 20% vertreten.

Wohnen auch im Alter zunehmend prekär

- Wohnfläche: Mieterhaushalte in 2006 verfügen über 28,4 qm gegenüber 41,4 qm pro Kopf.
- Ausländer wohnen hauptsächlich zur Miete und sind seltener Eigentümer, nämlich 36,5% gegenüber 59,5% (Mikrozensus Wohnen 2010), trotz enger wirtschaftlicher Lage schaffen sich viele ausländische Haushalte nur so adäquaten Wohnraum.
- Mietbelastung: Die durchschnittliche Kaltmiethöhe pro Ausländerhaushalt ist zwar etwas niedriger mit 423 € gegenüber 450 €, pro qm zahlen sie aber mehr, nämlich 5,95 € gegenüber 5,77 €; und weil mehrheitlich im niedrigen Einkommenssegment (s.o.), beträgt die Belastung 42% ihres Einkommens für die Bruttokaltmiete.
- Ausländer wohnen mit 39% aller Ausländer in den 38 deutschen Großstädten mit mehr als 200.000 Einwohnern – sie leben überproportional in Stadtteilen mit hoher Konzentration von städtebaulichen, wirtschaftlichen und sozialen Problemen und entsprechenden Mängeln am Gebäudebestand und im Wohnumfeld.

Besonders betroffen: Migrantinnen

Die Stichs-Befragung von ausländischen Frauen in 2006 macht ebenfalls deutlich: Das Armutsrisiko beginnt bereits mit dem Erwerbsleben und hängt mit dem Familienstatus zusammen. 2006 gaben 52,3% der Befragten an, dass sie ungelernete Arbeiterinnen seien; vollzeitbeschäftigt waren nur knapp 20%, besonders unterrepräsentiert waren die Frauen türkischer Herkunft mit knapp 12% in Vollzeitjobs, allerdings waren sie zu fast 50% als Hausfrau tätig. Mehr als 40% hatten 3 – 5 Kinder.

Die Matthäi-Studie von 2004 über ältere Frauen, die be-

reits vor 1973 nach Deutschland kamen, belegt denselben Zusammenhang für Armutsrisiko, soziale Absicherung und Teilhabe am sozialen Leben und widerspricht der Deutung, es habe etwas mit ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu tun.

Armutrisiken und Isolation bekommen immer dann erdrückendes Gewicht, wenn durch Scheidung oder nach dem Tod des Ehemannes und Familienvorstandes der Familienzusammenhang nicht mehr wirkt und das ‚bewährte‘ Modell der Versorgungsehe zu Ende geht. Auch die moderne Lebensauffassung der jüngeren Generation ‚kratzt‘ mehr und mehr an dem traditionellen Loyalitätsprinzip gegenüber den Eltern und Großeltern.

Die überwiegende Mehrheit der Befragten lebte in Mietwohnungen mit den bereits genannten Defiziten, wobei jede Fünfte wegen ihres niedrigen Einkommens auf Wohngeldzuschuss angewiesen war. Lebten sie in Mehrgenerationenhaushalten, d.h. mehrheitlich in Altbau-Eigentum, das gemeinschaftlich erworben und hoch belastet renoviert wurde, klagten viele ältere Frauen über erneut beengte Wohnverhältnisse, weil sie weder über einen eigenen Raum verfügten noch über eigene freie Zeit, da sie für die Betreuung der Enkel zuständig sind. Aus o.g. Gründen müssen viele alleinstehende Migrantinnen im Alter drastische Qualitätseinbußen hinsichtlich des Wohnens und des Wohnumfeldes hinnehmen.

Perspektiven?

Eine Rückkehr in das Herkunftsland ist für die meisten keine Option, eher die eines Pendlerdaseins. Dabei sind angesichts der psychischen und physischen Belastungen während der Arbeitsphase die Risiken, sehr früh zum Pflegefall zu werden, relativ.

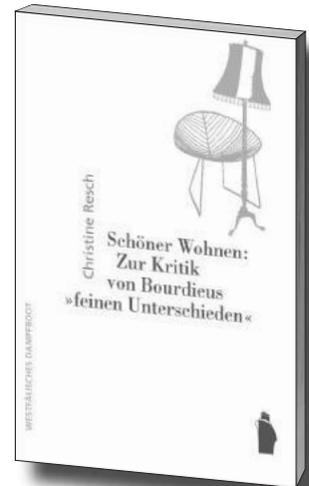
Was bleibt? Wohnwünsche sind denen deutscher alter Menschen ähnlich. Wie eine Befragung des ViF e.V. Dortmund unter seinen Seniorinnen ergab, geht es

- um Wohnen in Gemeinschaft in lebendiger Nachbarschaft und günstig, um auch pendeln zu können, am liebsten generationenübergreifend, mit eigenständiger Wohneinheit für jedes Paar oder jede Einzelperson,
- mit Gemeinschaftsküche, Gemeinschaftsraum, Lese-/Fernsehraum, Gästezimmer für besuchende Angehörige, die entfernt wohnen, Kinderspielmöglichkeiten für besuchende Enkel, Garten und Freiraum zum gemeinsamen Grillen und Erholen, Versammlungsraum, auch als Andachtsraum zu nutzen,
- um Einbettung in das Quartier; das Quartier sollte in der Nähe der ursprünglichen Wohnung sein und damit in der Nähe der Familie, Kinder, Enkel, ebenso Park oder Grünanlage in der Nähe, Pflegeeinrichtung im Haus oder der Nachbarschaft.

Diese Vorstellungen sind sicherlich nicht nur migrantenspezifisch, aber sie beschreiben, was älteren MigrantInnen wichtig ist: die Nähe zu den Kindern und Enkeln, Gemeinsamkeit und Integration im bekannten Stadtteil. Leider gibt es dafür kaum Beispiele.

Die Zahlen beruhen auf Angaben des Mikrozensus, des Statistischen Bundesamts und der Berichte der Bundesbeauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration der letzten Jahrgänge.

Viktoria Waltz war Dozentin im Projektzentrum der Fakultät Raumplanung der TU Dortmund. Sie lebt und schreibt heute in Dortmund schwerpunktmäßig zur Lage von Migrantinnen in Deutschland. Sie ist Sprecherin des ViF e.V. (Verein für internationale Freundschaften) in der Dortmunder Nordstadt und zuständig für das Projekt Spurensuche der 1. Generation.



2012 - 185 Seiten - € 24,90
ISBN: 978-3-89691-906-9

Kulturelle Praktiken haben (auch) ein Geschlecht. Und es zeigt sich, dass die ästhetischen Normen bekannt sind, im groben wie im feinen, man sich aber nicht besonders darum kümmert: Widerständigkeit gegen Kulturindustrie könnte man das auch nennen.



2011 - 132 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-981-6

Heute dreht sich die Debatte um die Veränderung städtischer Räume durch Privatisierung, Aufwertung und Verdrängung, um ökologische Fragen, um Flächenverbrauch und Zersiedelung der Landschaften und um ein ‚Recht auf Stadt‘, als dass das Wohnen an sich qualifiziert betrachtet würde. Dem wollen die WIDERSPRÜCHE 121 abhelfen.



2013 - 119 Seiten - € 15,00
ISBN: 978-3-89691-987-8

Wohnen ist wesentlicher Bestandteil einer menschenwürdigen Existenzsicherung und Ort privater Lebensführung. Wohnungen sind gerade auch wegen ihres Charakters als privater Raum keineswegs frei von Herrschaftsverhältnissen. Wohnungen sind auch Interventionsfeld sozialer Arbeit in ihrem Doppelcharakter von Hilfe und Kontrolle.

Stefan Hochstadt, Sebastian Müller, Daniel Zimmermann

Eine Enquetekommission gegen Wohnungsprivatisierung oder was?

In ihrem Koalitionsvertrag von 2010 für eine rot/grüne Regierung in NRW hatten SPD und Bündnis90/Die Grünen die Problematik umfangreicher Wohnungsprivatisierungen durch Finanzinvestoren zum Thema gemacht. Im Koalitionsvertrag hieß es: „Wir wollen systematisch weiteren Privatisierungen und Verkäufen von Wohnungsbeständen an Finanzinvestoren entgegenwirken. In diesem Zusammenhang werden wir die Einrichtung einer Enquete-Kommission ‚Wohnungswirtschaftlicher Wandel und Finanzinvestoren‘ prüfen. Im Zentrum dieser Kommission sollte die Entwicklung eines Regelwerks für Mindestanforderungen an die Wohnungswirtschaft stehen.“ Am 10. Oktober 2010 beschloss das nordrhein-westfälische Parlament diese Enquetekommission, nun ist das Ergebnis da. Der knapp 400 Seiten lange Bericht wurde im April 2013 vom Landtag NRW mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Piraten angenommen. Die CDU lehnte den Bericht und die darin formulierten politischen Aufträge rundweg ab.

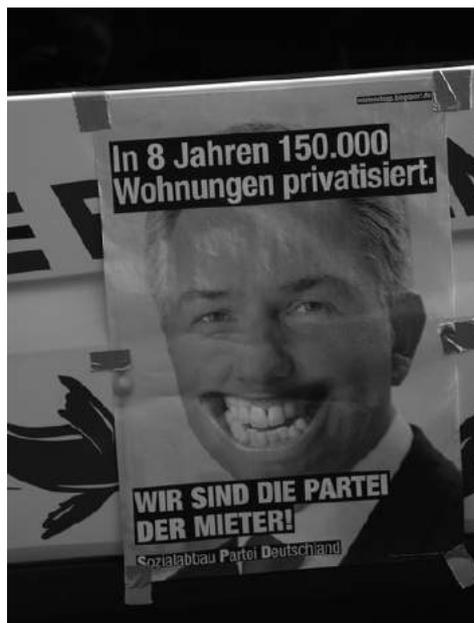
Wohnungswirtschaftlicher Wandel in NRW. Der Abschlussbericht

Nach einem Überblick zu aktueller Lage, Mieten und MieterInnen, EigentümerInnen und öffentlichen AkteurInnen auf den nordrhein-westfälischen Wohnungsmärkten hakt sich der Abschlussbericht der Enquete fest ein beim wohnungs-, stadt- und sozialpolitischen Problemakteur Nummer Eins, dem Finanzinvestor. Auf der finanzmarktorientierten Seite wird ausführlich und detailgenau jene offenbar endlose Zahl von Modellen der Verschachtelung von Geldvermögen und Kreditbeschaffung beschrieben, die Mietwohnungen in Finanzanlagen verwandeln, Banken und den internationalen Finanzmarkt füttern und die Verdunkelung von Gewinnen oder Verlusten und die Verharmlosung von finanziellen Risiken zum System machen. Auf der Seite der ebenso verschachtelten neuen Wohnungsverwaltung, die Markt-, Leistungs- und Finanzstrukturrisiken miteinander verschneidet, entstehen Zahlen- und Bilanzwunder imaginerter Werte, um Anleger bei der Stange zu halten und höhere Gewinne als bisher aus der Vermietung abzuschöpfen. Vernachlässigte Wohnungsbestände, Wohnumfelder und Bewohnerstrukturen, gezielte Belegung und Überbelegung der Wohnungen mit Beziehen von Kosten der Unterkunft und systematisch und in großem Umfang produzierte Problemimmobilien sind die Kehrseite der Medaille.

Der Bericht der Enquetekommission zeigt außerdem in großer Offenheit: Die Wohnungskäufe durch Finanzinvestoren in Deutschland fielen nicht vom Himmel. Voraussetzungen wurden durch den stark expandierenden internationalen Finanzmarkt und durch Gesetzesänderungen auf der Bundesebene geschaffen, darunter die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit im Jahre 1989 und das Dritte Finanzmarktförderungsgesetz 1998 zur Fortentwicklung des Finanzplatzes Deutschland. Das Steuersenkungsgesetz zur Unternehmensbesteuerung 2002 machte die Veräußerungen von Kapitalge-

sellschaften durch deutsche Unternehmen steuerfrei, was den Verkauf der Viterra durch E.ON an die Deutsche Annington oder den Verkauf von Thyssen-Wohnen durch Thyssen-Krupp an das Konsortium von Morgan Stanley/Corpus zusätzlich befeuerte. Mit dem Jahressteuergesetz 2008 stellte der damalige Bundesfinanzminister der Großen Koalition, Peer Steinbrück, das aus der Zeit der Gemeinnützigkeit stammende Eigenkapital (EK 02) für privatisierte Wohnungsunternehmen steuerfrei und verschenkte so Steuereinnahmen in Höhe von annähernd 35 Mrd. Euro an Finanzinvestoren.

Mit pointierten politischen Willenserklärungen und Handlungsabsichten hält sich die Enquetekommission sichtlich zurück. Das kann man so recht nicht entschuldigen. Von der Regulierung der Hypothek europaweit und der internationalen Finanzmarktakteure in Deutschland bis zur kommunalen Wohnungsaufsicht gibt es selbstverständlich heutzutage



komplizierte politische Handlungsfelder zu berücksichtigen. Aber im Bericht finden sich genug Handlungsansätze, zu denen man als Enquetekommission deutlicher Ja oder Nein hätte sagen können und sollen. Wir heben nur drei hervor: Die Verbesserung des Mieterschutzes ist

u.a. durch ein verbessertes Landeswohnungsgesetz möglich, das die verpflichtende Einführung von Mieterbeiräten in Wohnungsbeständen von einer gewissen Größenordnung anfordert. Die Idee, über Housing Development Districts mehr preisgünstige Mietwohnungen mit Beteiligung von Privatkapital zu realisieren, hätte man kritisch abweisen können. Den Vorschlag, die Finanzierung von Auffanglösungen insolventer Fondsbewirtschafter in Genossenschaftsstrukturen auf die Beine zu stellen, wie den Blick voraus auf eine neue Gemeinnützigkeit hätte man dagegen deutlich begrüßen sollen.

Wohnungswirtschaftlicher Privatisierungsdiskurs nur ungenügend abgeblockt

Die Enquetekommission des Landtages kratzte – ob das jeder beteiligten Person nun so klar war oder nicht – am Grundprinzip kapitalistischer Wirtschaftsweise: der Profitproduktion. Letztlich geht es im Konflikt mit der finanzmarkt-

orientierten Wohnungswirtschaft um Wohnungsbestände, die ursprünglich anderen Zwecken dienen sollten, als damit möglichst viel Gewinn zu machen. Es ging um preisgünstige Wohnungen der öffentlichen und werksverbundenen Wohnungsbestände, die bis 1989/90 in großen Teilen der Wohnungsgemeinnützigkeit unterlagen. Käufer dieser Bestände waren und sind auch bei den aktuellen Verkäufen wieder vornehmlich sogenannte Neue Finanzinvestoren. Dabei handelt es sich um Anlagekonstrukte, die nur noch der einen, entscheidenden Frage im Kapitalismus nachzukommen haben: Wie viel Profit in welcher Zeit? Diese Strukturen bedienen institutionelle wie private Anleger, die bereit sind, für das Versprechen auf eine hohe Profitrate auch ein hohes Risiko einzugehen.

Entsprechend verhalten sich diese neuen Eigentümer, deren Anlagehorizont von vorneherein klar ist. Alles wird auf die Steigerung des Wertes der Wohnungsbestände hin optimiert. Gemeint ist der Tausch- bzw. Bilanz- oder Börsenwert. Der Gebrauchswert der Wohnungen, ihr Zustand, ihre Bewohnbarkeit etc. spielen nur dann eine Rolle, wenn sich dies in Tauschwerten positiv oder negativ niederschlägt. Ein weitergehendes Interesse an den Wohnungen, den Menschen darin und den Quartieren besteht qua Geschäftsauftrag nicht. Je nach Investorentypus folgt der (planmäßige) Ausstieg aus dem Investment innerhalb von bis zu zehn Jahren, in Fällen opportunistischer Fonds (besonders risikoreich) aber womöglich auch nur in zwei bis drei Jahren. Eine der Sicherung von Gebrauchswerten verpflichtete Wohnungsbewirtschaftung entfällt schon allein dadurch.

Das aber stellt die Politik vor ein Problem. Die Kräfte bzw. Fraktionen, denen der Kapitalismus am liebsten ungezügelt daher kommt, können sich nur in der Verharmlosung von Wohnungsnot über und Schrottimmobilen zu Einzelfällen von „schwarzen Schafen“ deklarieren – wie dies die CDU in der abschließenden Beratung im April-Plenum des Landtags NRW geradezu idealtypisch getan hat: Die weitaus größte Mehrheit der Immobilieneigentümer und Wohnungsvermieter verhalte sich absolut korrekt und fair, nur eine sehr kleine Minderheit verhalte sich kritikwürdig. Die reformorientierten Kräfte hingegen stehen vor dem Zwiespalt, zwar die negativen Entwicklungen begrenzen oder verhindern zu wollen, aber sie wollen oder können dabei das Problem nicht an der Wurzel packen. Die offene Auseinandersetzung mit den Konsequenzen des verschärften Warencharakters privatisierter Wohnung ist ihnen nur in gewitzten Phrasen möglich. Sie tendieren deshalb dazu, diese Entwicklungen als „Auswüchse“ der „internationalen Finanzmärkte“ zu verstehen – und auch nach Begriffen zu suchen, die dies ausdrücken sollen: Neue (ausländische) Finanzinvestoren.

Das greift aber zu kurz. Wir haben es vielmehr mit einer generellen Tendenz der ‚Re-Kommodifizierung‘ des Guten Wohnens zu tun (also des ‚Zur-Ware-Werdens‘ von Wohnen zwecks kapitalistischer Verwertung bzw. Verwertbarkeit), mit der Umgehung aller Beschränkungen zur Profitproduktion im Wohnungssektor unter den spezifischen Bedingungen eines zunehmend dominanten Finanz- und Bankensektors. Nur weil in der Folge der Finanzkrise seit 2007/08 die galoppierende Verbreitung von Real Estate Private-Equity-Gesellschaften etwas gebremst voranschreitet, kann noch längst nicht von

einem Ende dieses Trends ausgegangen werden. Angesichts der sich verstetigenden Verwertungsschwierigkeiten (und des daher ständig und wohl dauerhaft sinkenden Zinsniveaus) ist auch weiterhin von der Attraktivität des deutschen Wohnungsmarkts für Anlage suchendes Kapital und damit für Private Equity-Gesellschaften auszugehen – und damit von den notwendigen negativen Konsequenzen, die keineswegs nur Begleiterscheinungen sind, sondern systematisch.

Dieser Tendenz tritt die Enquete nicht entschieden genug entgegen. Zwar gibt es Ansätze wie die Neue Gemeinnützigkeit, die Stärkung der Genossenschaften oder auch die Überlegungen zur Rücküberführung von Investorenbeständen in öffentliches Eigentum. Aber in der Summe zielt die Mehrheit der politischen Handlungsansätze auf „end-of-pipe“-Maßnahmen, die nicht oder nur bedingt geeignet sind, der generellen Tendenz zur Rekommodifizierung der Wohnungsbestände Paroli zu bieten. Selbst öffentliche Investitionszuschüsse weichen sie im Fall der Finanzinvestoren nicht auf. In all den Städten, in denen Finanzinvestoren neue Eigentümer wurden, laufen quartiersbezogene Maßnahmen ins Leere, weil sie auf die Kooperation aller Akteure angewiesen sind, diese aber von den neuen Eigentümern überwiegend verweigert wird, weil sie sich aus ihrer Sicht nicht rentiert.

Um es klarzustellen: Es ist absolut notwendig, einige dieser Maßnahmen im Sinne der Mieterinnen und Mieter zu erkämpfen, aber es ist ebenso bedeutsam, dies mit weitergehenden Zielen zu verknüpfen. Aufgrund des schwelenden Konflikts zwischen Bundes- und Landesrecht bleiben einer Landesregierung NRW nur wenige handfeste Instrumente, der voranschreitenden Verknappung von Wohnraum, den galoppierenden Mieten und der Prekarisierung von Wohnverhältnissen einer wachsenden Zahl von Menschen entgegen zu treten. Aus dem Handlungskatalog der Enquetekommission muss ein rechtssicherer Instrumentenkasten einer auf Gebrauchswerte setzenden Intervention im Wohnungssektor werden. Noch immer wird eher in Kategorien der Wohnungsmarktpolitik statt der Wohnungspolitik gedacht und geredet, noch immer wird viel zu selbstverständlich auf das Engagement privater Investoren gesetzt, statt auf Akteure, die nicht der Erzielung von Gewinnen wegen in Wohnungen investieren, sondern denen es um die Sache, um den Gebrauchswert geht. So manche MieterInnen-Initiative hat sich doch bereits positioniert und verlangt die grundsätzliche Entlassung der Wohnraumversorgung aus dem Markt und die Rückkehr zur Wohnungspolitik unter Einschluss erweiterter Mitbestimmungsrechte der MieterInnen. Wäre das nicht der Kern eines Regelwerks für Mindestanforderungen an die Wohnungswirtschaft, das der Einsetzungsbeschluss der Enquete gefordert hat?

Stefan Hochstadt, Soziologe aus Essen. Er war Sachverständiger in der Enquetekommission des Landtags NRW „Wohnungswirtschaftlicher Wandel und neue Finanzinvestoren in NRW“ von Januar 2011 bis März 2012.

Sebastian Müller, s.S. 8

Daniel Zimmermann, Dipl.-Ing., hat an der Uni Dortmund Raumplanung studiert. Er arbeitete von 2011-2013 zunächst für die Fraktion DIE LINKE, später für die PIRATEN-Fraktion in der Enquete-Kommission „Wohnungswirtschaftlicher Wandel“ des Landtags in NRW.

Brigitte Karhoff

Kleinräumige Wohnungs- und Stadtpolitik zur Armutsbekämpfung notwendig

In Nordrhein-Westfalen ist aktuell mehr als jede/r siebte Einwohner/in von relativer Einkommensarmut betroffen (NRW.Bank, Wohnungsmarktbericht NRW 2012). In den sogenannten benachteiligten Stadtteilen ist es im Durchschnitt jede/r fünfte Einwohner/in. In der Mehrzahl der Fälle bedeutet dies, dass sie zu den Empfängern von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II gehören, Grundsicherung im Alter nach SGB XII erhalten oder zu den Haushalten gehören, die Wohngeld erhalten bzw. zu den Berechtigten für soziale Wohnraumförderung zählen. Betroffene Haushalte sind – neben jenen mit einer steigenden Anzahl von 65-Jährigen und Älteren – vor allem Haushalte mit Kindern im Alter von unter 18 Jahren sowie mit jungen Erwachsenen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren. Alleinerziehende mit Kindern haben mit 37,6% das höchste Armutsrisiko, gefolgt von Alleinstehenden und Paaren mit Kindern unter 18 Jahren (NRW Bank 2012, S. 12).

Hinzu kommt die große Dunkelziffer derjenigen, die keine Leistungen in Anspruch nehmen. Das sind i.d.R. Niedriglohnbezieher oder auch Ältere, die aus Scham keine Mittel beantragen. Rund 40% der Leistungsberechtigten, wird vermutet, lassen ihre Ansprüche verfallen (Der Paritätische, Armutsbericht 2012). Bis zu einem Viertel der Stadtbevölkerung einzelner Ruhrgebietsstädte gehören inzwischen zu der Gruppe, die armutsgefährdet ist. Ihr Einkommen ist niedriger als 60% des durchschnittlichen „bedarfsgewichteten Einkommens“. Für einen Single-Haushalt liegt die Armutsgefährdungsschwelle bei 848 Euro (vgl. ebd. S. 1 und www.amtliche-sozialbericht-erstattung.de/A2armutsgefaehrungsschwellen.html).

All diese Haushalte müssen von diesem geringen Einkommen leben und damit einen weitaus höheren Anteil der ihnen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel fürs Wohnen – in aller Regel zur Miete – ausgeben.



Was bedeuten diese skandalösen Entwicklungen für einzelne Quartiere im Revier?

Aktuelle Ergebnisse der Sozialraumanalyse der Emscherregion (Zefir, 2012) zeigen nun erstmals (!) umfassend mit einer kleinräumigen, die Stadtgrenzen übergreifenden Analyse die Konsequenzen dieser Armutsentwicklung für die sozialräumliche Entwicklung einzelner Quartiere auf:

„Nahezu alle im Hinblick auf ihre Sozialstruktur als sozial problematisch identifizierte Stadtteile liegen nördlich der A40 in überwiegend sozial benachteiligten Wohnquartieren ... in innenstadtnahen Lagen ... in traditionellen Arbeiterquartieren ... sowie in Gebieten, die durch sozialen Wohnungsbau ... geprägt sind“ (Zefir, S.133). Das Zentrum für interdisziplinäre Regionalforschung identifiziert in seiner Sozialraumanalyse als besonders problematisch einzustufende Stadtteile, in denen zwar einige eine Stabilisierung und Aufwertung durch das Programm „Soziale Stadt“ erfahren (sollen), jedoch ermittelte es eine weitaus größere Anzahl von Gebieten, in denen bislang keine „Intervention“ durch das Programm Soziale Stadt stattgefunden hat (Tabelle, S.124, ebd.).

Was heißt das nun alles fürs Wohnen in den sozial benachteiligten Quartieren?

Einkommenschwache Haushalte, die in diesen Gebieten leben, sind meist zahlreichen weiteren baulichen, ökonomischen, gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Problemen ausgesetzt. Ihre Wohnungsnot werden vor allem durch folgende negativen Entwicklungstendenzen verschärft:

- Verkäufe von größeren und kleinen Wohnungsbeständen an neue, „kleine“ und „große“ Finanzinvestoren, von denen bei einigen bereits zur Genüge bekannt ist, welche Bedrohungen der Wohnsicherheit der dort lebenden Mieter entstehen (unterlassene Instandhaltung, Vertreibung vorhandener Mieter, Mieterhöhungen ...),
- überforderte „Amateurvermieter“, die aufgrund persönlicher oder finanzieller Probleme oder Unkenntnis keine Möglichkeiten zur Weiterentwicklung „ihrer“ Immobilie sehen, aktuelle Wohnungsbedarfe nicht kennen und ihre Immobilie verkommen oder auch leerstehen lassen,
- Spekulanten, die am „Elend“ ihrer Mieterschaft verdienen wollen, z.B. durch die Vermietung (meist wiederum über Dritte) an Flüchtlinge,
- Investoren, die Wohnungsbestände aufkaufen und privatisieren wollen oder durch aufwendige Modernisierungsmaßnahmen Miethöhen erzielen wollen, die – gelingt die Umsetzung tatsächlich – zur Vertreibung langjähriger Mieter führen.
- Weitere Probleme bzw. Engpässe der Wohnungsversorgung dieser benachteiligten Stadtteile bestehen i.d.R. zusätzlich aufgrund von fehlendem barrierefreiem Wohnraum, familiengerechten Wohnungen, fehlenden Angeboten für junge Starterhaushalte, fehlenden Wohnangeboten mit geringen Nebenkosten u.v.a.m.

Nach wie vor gibt es in vielen Kommunen und Stadtteilen keine ausreichende Beachtung dieser lokalen Wohnungsmarktentwicklungen und generell zu wenige Kenntnisse über lokale Nöte und Wohnungsbedarfe. Differenzierte und kleinräumige Analysen sind nach wie vor Mangelware in der integrierten Stadtteilentwicklung und damit fehlen zu häufig detaillierte Kenntnisse und entsprechende Handlungsstrategien, um einen aktiven Umgang mit den skizzierten Entwicklungen anzustoßen. Eine rühmliche Ausnahme bilden die kleinräumi-

gen Quartiersanalysen der Stadt Dortmund, die für zahlreiche Quartiere durchgeführt werden. Zu wenig Beachtung insgesamt gibt es wohl auch deshalb, weil in der Region insgesamt Bevölkerungszahlen schrumpfen bzw. stagnieren und es noch nicht zu nennenswerten Versorgungsempfängen kommt.

Impulse für eine stadtteilbezogene Wohnungspolitik in der integrierten Stadtteilentwicklung!

Notwendigerweise geht es in den benachteiligten Quartieren vorrangig um den Erhalt und die Weiterentwicklung preiswerter Wohnangebote und um die Schaffung von Wohnsicherheit, aber auch um Unterstützung der Kinder oder Empowerment der Bewohner oder um Arbeit oder um Gesundheit. Am besten präventiv. Und hier ist das politische und fachliche Zusammenspiel von Kommunen, Mietervereinen, Wohnungswirtschaft, sozialen Trägern und lokaler Bürgerschaft gefragt. Die beschriebenen Aufgaben sind nicht neu. Seit Jahrzehnten treten derartige wohnungspolitische Bedarfe, Nöte und Herausforderungen an kommunales und wohnungswirtschaftliches Handeln in unterschiedlicher Ausprägung auf. Notwendige Handlungsstrategien und -methoden sind entwickelt und erprobt. Rechtliche Instrumente und Möglichkeiten (Sanierungsrecht, Mietrecht, Wohnungsaufsicht etc.) sind überwiegend vorhanden, werden jedoch häufig nicht genutzt und selbst bei ihrer Anwendung sind sie nicht ausreichend, um ein sicheres und gutes Wohnen im Bestand zu gewährleisten.



Neue strategische Allianzen sind gefragt!

Was läge näher, als die vielfältig vorhandenen Erfahrungen, Kenntnisse, Konzepte und bewährten Organisations- und Steuerungsformen zu bündeln und als Grundlage für die Weiterentwicklung einer quartiersbezogenen Wohnungspolitik zu nutzen und mit vorhandenen Ressourcen, innerhalb oder auch außerhalb der klassischen Programmkulissen von Sozialer Stadt und Stadtumbau, für eine aktive Wohnungspolitik zu befördern? In vielen Städten fehlen jedoch trotz jahrelanger Arbeit in den Programmkulissen von „Sozialer Stadt“ und „Stadtumbau“ notwendige Strukturen und häufig auch der politische Wille, um gute Erfahrungen und fachliche Kenntnisse (nicht nur) aus integrierten Handlungskonzepten und Projekten im Kontext einer ernstgemeinten, akteursübergreifenden und gesamtstädtischen Orientierung zur Bewältigung aktueller Problemlagen im Wohnbereich auszurichten.

Neue Partnerschaften, neue strategische Allianzen für eine integrierte Wohn- und Quartierspolitik und für den Erhalt von Wohnsicherheit, von sozialen und baulichen Qualitäten der Wohn- und damit Lebenswelten der vielfältigen Bewohnerschaft in diesen Quartieren sind notwendig. Dafür muss die Rolle ortsverbundener Wohnungsunternehmen gestärkt, aber

auch von diesen angenommen werden, dazu gehören kommunale Gesellschaften, Alt-Genossenschaften, standortverbundene private Immobilieneigentümer und „neue“ Akteure und Trägerstrukturen, die sich für ein nachbarschaftliches, quartiersbezogenes Wohnen für ‚Alle‘ engagieren, unabhängig davon, ob Nachbar oder Nachbarin von Hartz IV leben oder als Doppelverdiener mit akademischem Hintergrund ein hohes Einkommen haben.

Stiftung Soziale Stadt Dortmund

Gute Beispiele für funktionierende Handlungsansätze, neue Bündnisse, neue Partnerschaften zur Schaffung und Sicherung von Wohnqualitäten im Quartier sind durchaus vorhanden. Als ein hervorragendes Beispiel für die Entstehung neuer Trägerschaften im Quartier steht die neu gegründete „Stiftung Soziale Stadt“ in Dortmund: Entstanden aus dem jahrelangen Engagement und der aktiven, integrierten und vor allem bewohnerorientierten Stadtteilentwicklung in der Dortmunder Nordstadt wurde 2010 die Stiftung Soziale Stadt gegründet. Dem ersten ehrenamtlichen Vorstand gehören zentrale Akteure der GrünBau gGmbH an. Ein hochrangig besetztes 20-köpfiges Kuratorium, das ebenfalls ehrenamtlich tätig ist, bildet den breiten gesellschaftlichen Konsens hinsichtlich der Stiftungsziele ab und schafft ein hohes fachliches Potenzial. Dazu gehören neben dem jeweiligen Oberbürgermeister der Stadt Dortmund Vertreter/-innen aus Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe ebenso an wie Fachleute aus Sozialverbänden, Forschung und Lehre, Stadtentwicklung und Arbeitsmarktförderung.

Die Stiftung unterstützt ausdrücklich die Konzentration öffentlicher Fördermittel auf die 13 Dortmunder Stadtteile, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht den Anschluss an die anderen Stadtgebiete zu verlieren drohen. Benachteiligte Bevölkerungsgruppen in diesen Stadtteilen sollen gefördert und zur Selbsthilfe befähigt werden. Die Schaffung von (geförderter) Arbeit und die Förderung schulischer und beruflicher Qualifizierung sind dabei ein Schlüssel, um ökonomische Gerechtigkeit zu fördern. Die Verbesserung der Wohnsituation in den Stadtteilen ist ein weiterer Schwerpunkt: Aktuell wird der Ankauf eines Wohnhauses in der Nordstadt, einer sogenannten Problemimmobilie, vorangetrieben, um zum einen damit Beschäftigungsförderungseffekte zu erzielen, zum anderen jedoch auch den Erhalt der Wohnimmobilie für preiswerte Wohnangebote zu bewirken.

Brigitte Karhoff ist Planerin, lebt in dem Genossenschaftsprojekt Riweho in Oberhausen und arbeitet in Projekten bei der WohnBund-Beratung NRW.

zum Weiterlesen:

- www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile_projekte/downloads/Sozialraumanalyse_Emscherregion_lang.pdf
- www.wir-wohnen-im-revier.de,
- www.stiftung-soziale-stadt.de



ROLAND GÜNTER



Stadtmassaker und Sozialverbrechen

Studie zur Kommunalpolitik am Fallbei(l)spiel „Stadterstörung und Stadtentwicklung in Duisburg“

Deutscher Werkbund Nordrhein-Westfalen, Schriften-Reihe: Einmischen und Mitgestalten, Band 18

Karl Ganser, der zusammen mit Städtebauminister Christoph Zöpel in Nordrhein-Westfalen die finstere Epoche der Stadterstörung 1980 beendete, sieht im dramatischen Geschehen der absurden Selbsterstörung der Großstadt Duisburg „einen Rückfall in den kalten Krieg der Stadtentwicklung.“ Das Buch ist eine unbestechliche und genaue Analyse von entgleisten Verhaltensweisen gegenüber menschlichen und sozialkulturellen Werten. Es zeigt den gestörten Sinn für Tatsachen und Werte einer politischen und administrativen Klasse, die nicht in der Lage ist, eine Stadt vernünftig zu regieren. Enthemmter politischer Filz will selbst eine Wohnanlage von Max Taut für ein Outlet platt machen. Dabei entsteht jedoch viel Widerstand.

Dreht man das Buch um, kann man eine Vision lesen, wie eine Stadt mit menschlicher Nähe und Mitwirkung ihrer Bevölkerung entwickelt werden könnte. Ein packendes auf- und anregendes Buch für Menschen, die ihre Stadt nicht als Fremdherrschaft erleben wollen, sondern als ihren selbstgestalteten Lebensraum mit vielen Chancen. Ein Lernbuch zur Stadtkultur.

→ 432 Seiten, broschiert, 23,95 Euro, ISBN 978-3-8375-0963-2

Gaby Schulten

Wuppertal: Die Ölberg-Genossenschaft sucht Kapitalgeber

Die Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung der Kommunen sowie wirtschaftliche Veränderungsprozesse führen zu neuen Rahmenbedingungen in der Wohnungsmarkt- und Stadtentwicklung. Lange Zeit galt das sogenannte Wachstumsparadigma. Im Kontext tiefgreifender demografischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungsprozesse, die den Wohnungsmarkt beeinflussen, entstehen in altindustrialisierten Städten unserer Region vielerorts entspannte Wohnungsmärkte, Leerstände, Vermarktungsschwierigkeiten und Wertverluste von Immobilien. Die Zukunft mancher Stadtteile in Wuppertal ist ungewiss, da sie sich an neue Rahmenbedingungen der Stadtentwicklung anpassen müssen. Risiken bestehen in Wuppertal v.a. für Quartiere entlang der Talachse – und damit auch für den Ölberg, ein gründerzeitliches Stadtquartier in der Elberfelder Nordstadt. Die Bebauung stammt größtenteils aus der Jahrhundertwende vom 19. ins 20. Jahrhundert. Weitere Kennzeichen sind die dichte Bebauung und die soziale Mischung der Bewohnerschaft.

Vor diesem Hintergrund entstand die Ölberg Genossenschaft aus einem Hauseigentümergebiet, das sich 2009 auf die Suche nach einem rechtlichen Rahmen für die Zusammenarbeit begab. Im Februar 2010 erfolgte die Eintragung in das Genossenschaftsregister. Der Ölberg eG geht es vorrangig darum, sich um die Wohnungsbestände auf dem Ölberg zu kümmern und durch eine sozial orientierte Investitions- und Bewirtschaftungspraxis preiswerten Wohnraum zu sichern sowie Nachahmer-Effekte für vorsichtige und nachhaltige Bestandsmodernisierungen hervorzurufen. Die ursprünglichen elf Gründungsmitglieder haben bisher sieben neue Mitstreiter gefunden (Stand November 2012). Die Mitglieder der Ölberg eG wohnen selbst auf dem Ölberg, sie besitzen eine starke Identifikation mit dem Gebiet und sind sensibel für kleinräumige lokale Veränderungen. Mit dieser Identifikation geht ein ernsthaftes Interesse einher, zu einer Aufwertung des Standortes beizutragen.

Wir, die Mitglieder der Ölberg eG, engagieren uns, weil wir in diesem Quartier zuhause sind, gerne hier arbeiten und leben. Wer den Ölberg besucht, wird unser aller Engagement nachvollziehen. Zum einen ist die gründerzeitliche Bausubstanz mit ihren liebevollen Details erhaltenswert. Die Hausfassaden erzählen dem Betrachter gewissermaßen Geschichten. Zum anderen geht es uns um die Menschen, die soziale Mischung, die den Ort so lebendig und besonders machen. Deshalb sehen wir uns als Hauseigentümer in der Pflicht, diese Potentiale aufzugreifen und dazu beizutragen, Lebensqualitäten zu sichern, Attraktivitäts- und Funktionsverlusten entgegenzuwirken und den Ölberg fit für die Zukunft zu machen.

Die Eigentümerstruktur besteht zu 90% aus privaten Einzeligentümern, die dies aber oftmals nicht so sehen und ihre Immobilien nicht sehr pfleglich behandeln. Das hat unterschiedliche Gründe: Für manche ist die Immobilie ein Renditeobjekt, das möglichst hohe Profite abgeben soll. Andere sind zu alt, um sich um die Immobilie zu kümmern oder sie betreiben die Entwicklung sehr laienhaft, sodass keine Investitionen möglich sind. Die Ölberg eG macht hier das Angebot, für solche Immobilien zusammen mit den Eigentümern Lö-

sungen zu finden.

Die Ölberg eG ist aktuell auf der Suche nach Unterstützern. Das Wort „Genossenschaft“ assoziiert Großes. Großes haben wir auch vor, doch stehen wir mit unserer jungen Genossenschaft gewissermaßen am Anfang unserer Reise. Bisher konnten zwei Immobilien erworben werden, für deren Erwerb wir von Freunden und Förderern rund 80.000 € als nachrangiges Eigenkapital einwerben konnten. Diese Einlagen werden mit 2% p.a. verzinst. Um unsere Handlungsfähigkeit zu erhöhen und unsere Ziele zu verwirklichen, ist mehr Kapital nötig. Wir suchen Kapitalgeber, die daran interessiert sind, mit einer solchen Investition diese Art der sozialen und nachhaltigen Stadtentwicklung zu unterstützen.

Gaby Schulten ist Sozialpädagogin, lebt auf dem Ölberg in Wuppertal und arbeitet nicht nur an genossenschaftlichen Alternativen vor Ort, sondern auch als Beraterin in anderen Projekten einer sozialen Stadtpolitik.

Berlin: Mieter wehren sich gegen Räumung

Rund um das heißeste Thema der Stadt konnte sich in den letzten Jahren in Berlin eine starke Bewegung aktiver Mieter/innen entwickeln, die ihre Basis in vielen Initiativen in den Stadtteilen hat. Die Protestdemonstrationen ebbten nicht ab. Die Organisator/innen der Bewegung sind nicht nur sehr reserviert gegenüber den parlamentarischen Parteien. Sie sind auch gegen Vereinnahmungen durch organisierte Linke. Der Bewegung gelingt es, unterschiedliche soziale Milieus zusammenzuführen und dauerhaft Menschen zu mobilisieren.

Zuletzt gab es am 14. Februar eine große Protestaktion gegen eine Zwangsäumung im Kiez. Betroffen war eine fünfköpfige Migrantenfamilie, die seit 16 Jahren in der Lausitzerstr. 8 wohnte. Der Mieter, Ali Gülbol, ist Malermeister und hatte mit dem Vorvermieter eine Vereinbarung getroffen, durch die Übernahme von Wohnungssanierungen von Mieterhöhungen ausgenommen zu werden. Der Handwerker hatte dafür über Jahre 25.000 Euro investiert. Der neue Hausbesitzer, die Immobiliengesellschaft Francell Consulting GmbH, hatte jedoch das Haus Lausitzer 8 erworben, um die Immobilie besser zu verwerten. Die Gesellschaft sah sich nicht an die Vereinbarung des Vorbesitzers gebunden und erhöhte der Familie kräftig die Miete. Diese klagte erst, zahlte aber dann doch den erhöhten Mietzins. Doch weil diese Zahlung um wenige Tage nicht fristgerecht erfolgte, gab das Gericht grünes Licht zur Zwangsäumung. Damit war jedoch kein Endpunkt gesetzt. Denn anders als bei normalen Zwangsäumungen, die lautlos und anonym ablaufen, war die von der Räumung bedrohte Familie nicht nur damit einverstanden, sie öffentlichzumachen. Sie setzte sich nach Kräften auch dafür ein, ihren Fall zu einem Symbol des Protests gegen die Verdrängung nicht betuchter Mieter aus ihren angestammten Kiezen zu machen. Mit Erfolg. Der erste Räumungstermin wurde verhindert, weil die nichtsahnend anrückende Gerichtsvollzieherin durch Unterstützer/innen daran gehindert wurde, das Haus zu betreten. Beim dritten Räumungsversuch gab es eine öffentliche Gegenmobilisierung. Über 800 Kreuzberger/innen kamen, um die für um 7 Uhr angesetzte Räumung zu verhindern. Doch die Polizei hatte die Straße schon morgens um 6 Uhr an beiden Seiten gesperrt und später sogar den U-Bahnverkehr unterbrochen. Über den Fronten ratterte die ganze Zeit ein Polizeihubschrauber. Schließlich gelang den Ordnungskräften der Zugang durch einen Nebeneingang des Hauses. Die Justizbeamtin hatte man sicherheitsshalber als Polizistin eingekleidet. Die Wohnung ist nun geräumt. Doch der Ärger bleibt. Denn in diesem neuen „Häuserkampf“ können die Aktivist/innen der Protestaktionen im Gegensatz zu anderen Themen auf die ungeteilte Sympathie der Anwohner bauen. Das sieht auch der Geräumte so: „Es geht uns sehr schlecht, weil die Räumung vollzogen wurde, aber es geht uns auch sehr gut, weil wir so viel Solidarität erfahren haben.“
Weiterlesen: <http://gentrificationblog.wordpress.com/2012/11/22/berlin-nichts-laeuft-hier-richtig-konferenzdokumentation/>

Sally und Hartmut Preukschat

Recklinghausen: trias – was Stiftung fürs Wohnen heißen kann

Zahlreiche Versuche, aus dem Profitschema der Marktgängigkeit und Profitabilität auszubrechen, bereichern die Geschichte des Wohnens. Von einem dieser Versuche ist hier die Rede: Die Stiftung trias („Gemeinnützige Stiftung für Boden – Ökologie – Wohnen“) hat sich zum Ziel gesetzt, einen anderen Umgang mit Grund und Boden zu ermöglichen. Sie ist gut zehn Jahre alt. Sie trennt das Grundstück und das Haus, indem das Grundstück Stiftungseigentum wird, damit dem Markt entzogen. Das Haus bleibt im Eigentum der jeweiligen Nutzer(-gruppe). Als Mitgründerpaar aus Recklinghausen erzählen wir die zugehörige Geschichte.

Haus und Grundstück zu einem ‚allgemeinen‘ Eigentum machen?

Wenn hier von ‚uns‘ gesprochen wird, dann sind das meine Ehefrau Sally und ich, Hartmut P. Wir bewohnen in Recklinghausen mit insgesamt sechs Erwachsenen und drei Kindern ein dreistöckiges Wohnhaus. Diesen Grundbesitz kauften wir 1982. Im Jahr 1976 waren meine Frau und ich mit unseren noch nicht schulpflichtigen Kindern nach Recklinghausen in eine große Bergbauwohnung gezogen. Ich arbeitete als Sozialarbeiter bei einem kirchlichen Wohlfahrtsverband, meine Frau versorgte den Haushalt und bemühte sich größtenteils um die Kindererziehung. Im Jahre 1980 nahmen wir zusätzlich drei Pflegekinder auf, die zunächst für ein Jahr bei uns bleiben sollten.

In den 70er Jahren war ich in Recklinghausen stark in der Hausbesetzerszene involviert. Wir versuchten mit jungen Menschen durch Besetzungen von Häusern, die teilweise noch in gepflegtem Zustand waren, den Abriss von Wohnraum zu verhindern. Letztlich konnte man dem ganzen Geschehen jedoch nur wenig entgegensetzen. Wilhelm Ernst-Barkhof beeindruckte mich damals mit seiner Forderung, jeder Mensch müsse ein Grundrecht auf den nötigen Wohn- und Erziehungsraum haben. Anstatt Wohnungssuchende auf Jahrzehnte hinaus schuldenbeladen in die Zinsfalle zu locken, müsse man Wege finden, das nötige Baugeld zinsfrei zur Verfügung zu stellen. Es komme darauf an, Prozesse zwischen den Menschen in Gang zu bringen, die sich gegenseitig helfen wollen.

Wir wollten deshalb den Personenkreis für unser Hausprojekt erweitern und ließen uns als Gesellschaft bürgerlichen Rechts, genannt DELTA – WWG ins Grundbuch eintragen. Wir bemühten uns, zwei Mitbewohner unseres Hauses als Mitgesellschafter zu gewinnen. Obwohl sie sich zum Wohnungseinzug finanziell an Umbauarbeiten im Haus und der Gestaltung der Außenanlage beteiligt hatten, scheuten sie doch letztlich den Weg der Mitverantwortung für das Haus. Wir wollten unsere Überzeugung bekräftigen, dass Grund und Boden keine Handelsware sein sollte. Deshalb veranlassten wir, dass im Jahr 1986 der Verein Wohnwirtschaftsgemeinschaft (WWG e.V.) Wuppertal als Mitgesellschafter mit einem Anteil von 1,00 DM Miteigentümer wurde. Gemäß seiner Satzung handelt er als Hüter der Projektidee. Mitglieder dieses Vereins sind in der Regel Gesellschafter anderer Wohnwirtschaftsgemeinschaften. Zum WWG e.V. gehört auch die

Bausparkasse für andere (BfA). Ihr Zweck ist, einen Kapitalpool zu errichten, in dem Einlagen wie zinsfreie Gelder, Schenkungen oder Erbschaften zusammengefasst werden. Aus diesem „Geldtopf“ konnten durch ein Verteilersystem finanzielle Hilfen wirksam dorthin gegeben werden, wo es die aktuelle Situation verlangte, Einzelinitiativen zu entlasten. In dieser freien Arbeitsgemeinschaft haben wir seit der Gründung im Jahr 1986 bis heute regelmäßig mitgearbeitet.

Was hat uns bewegt, Stifter zu werden, Stifter zu sein?

Herauszufinden, wie man den erworbenen Grund und Boden wirklich neutralisieren kann, war ein langer Weg. Wem überlässt man den Grundbesitz, wenn die eigenen Kinder kein Interesse an der Weiterführung der Grundidee haben? Diese Frage hat in vielen BfA-Sitzungen immer wieder großen Raum eingenommen.

Die Regelung im Erbschaftsfall, die wir alle zu Anfang unserer Bewegung völlig außer Acht gelassen hatten, trat plötzlich in den Vordergrund, als die Kinder volljährig wurden und ihre eigenen Existenzen aufbauten. Die Frage, ob es gerechtfertigt sei, die gesetzlichen Erben ganz auszuschließen, beschäftigte uns sehr. Wir konnten uns bei diesen Überlegungen mit dem Gedanken anfreunden, den Substanzwert des Hauses getrennt von der Bewertung des Grundstückes zu betrachten. Damit wird der Abfindungswert für die Erben nur auf den anteiligen Substanzwert des Wohngebäudes im jeweiligen Zustand festgesetzt und nicht auf die Bewertung des Grundstückes. An dieser Stelle der Überlegung wirkte auf uns die Gründung der Stiftung trias im Jahr 2002 wie eine Befreiung. Wieder einmal kamen, wie zuvor beim Kauf des Hauses, beide Bewegungen zusammen: ‚von außen‘ die Stiftung trias, die sich den Themen Grund und Boden, Ökologie und Wohnen widmet, und ‚von innen‘ die eigene Absicht, eine endgültige Lösung für die Neutralisierung unseres Grundbesitzes zu finden. So vollzogen wir im Dezember 2004 im Einvernehmen mit dem WWG e.V. Wuppertal den Schenkungsakt. Der Erbbaurechtsvertrag sieht eine „vertragsgemäße Nutzung“ der Gebäude vor. Dadurch können wir mit einer sehr hohen Rechtssicherheit das Haus und die Nebengebäude weiterhin so nutzen wie bisher.

Inzwischen sind die Wohn-Verhältnisse in dem Haus erneut umgestaltet, aber die Grundidee bleibt erhalten: Das Grundstück ist dem Wohnmarkt entzogen, das Haus kann weiter den sozialen und familiären Entwicklungen zur Verfügung stehen.

Sally und Hartmut Preukschat, Recklinghausen

zum Weiterlesen:

- www.stiftung-TRIAS.de
- <http://www.wohnprojekte-portal.de/projekte-suche.html>

Volker Wilke

Oberhausen: Leben wie in ‚Riwetho‘ – ein Modell mit Zukunft?

Ende der 90er Jahre war die ehemalige Werksiedlung an der Ripshorsterstraße in Oberhausen eine Siedlung, die niemand kaufen wollte. Verschiedene Wohnungsunternehmen winkten nur ab, die Alteigentümerin Thyssen wollte sich von dem Wohnungsbestand trennen. Aufgrund des hohen Sanierungsstaus und der heterogenen Mieterschaft waren die Signale der Wohnungswirtschaft: kein Interesse an 68 heruntergekommenen Mietwohnungen. Also mussten die BewohnerInnen damals selbst aktiv werden, wenn sie den Abriss oder eine Privatisierung mit Verdrängungsprozessen verhindern wollten. Sie beschlossen, eine Genossenschaft zu gründen und die 22 Häuser von der Eigentümerin Thyssen zu kaufen und damit einen neuen und in der Form einzigartigen Weg zu gehen.

MieterInnen werden Genossen

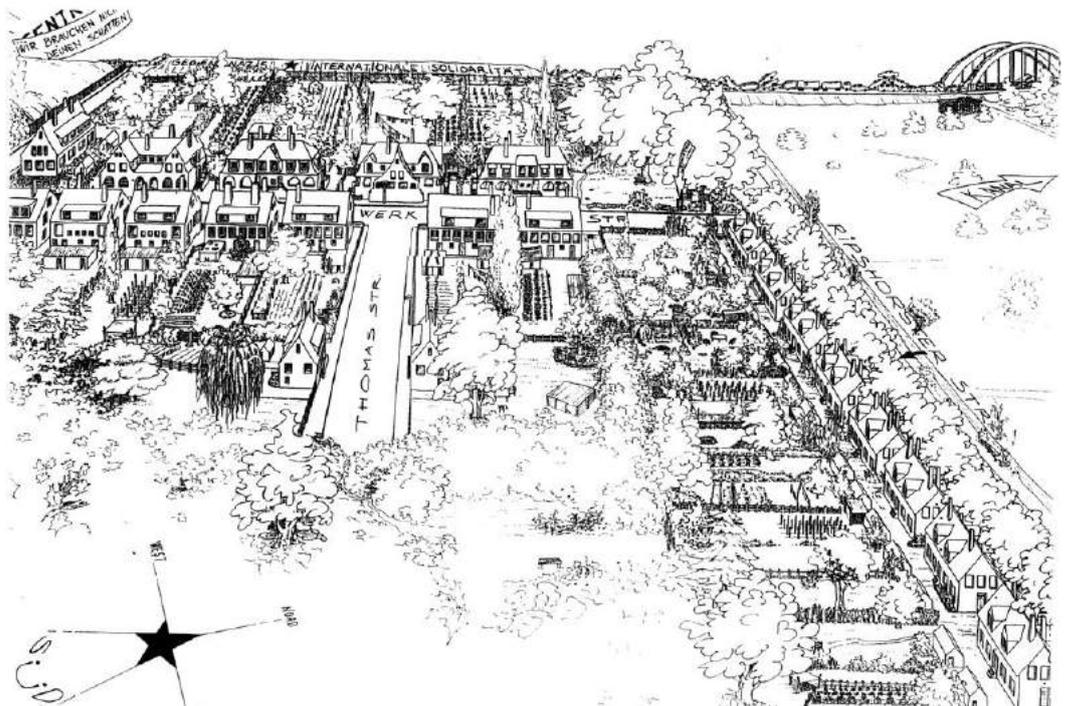
Stellt der Kauf einer Arbeitersiedlung durch eine Bewohnergenossenschaft ein wohnungswirtschaftlich nachhaltiges Modell dar? Um die Antwort vorwegzunehmen: Ja, es kann zumindest ein guter alternativer Weg sein im Vergleich mit Siedlungen, die andere, schwierige bis schwerste, Schicksale hatten. Ein Blick auf die Situation anderer Arbeitersiedlungen ist wenig ermutigend. Die Siedlung Dunkelschlag (Oberhausen) wird mieterprivatisiert, während die ehemalige LEG-Siedlung Stemmersberg (Oberhausen) nunmehr dem Immobilienfonds Whitehall* der amerikanischen Investmentbank Goldman-Sachs verkauft wurde. Dem Symbol des Abrisswiderstands der 70er Jahre, der heiß umkämpften Siedlung Flöz Dickebank (Gelsenkirchen), droht nun die Einzelprivatisierung, nachdem 2012 die ehemalige Zwischeneigentümerin Deutsche Annington** einen Verkauf an den Bochumer Siedlungsumwandler Häuserbau perfekt machte.

Bis heute ist Riwetho die einzige Genossenschaft in NRW der jüngeren Vergangenheit, die mit einer bestehenden Bewohnerschaft den Abriss bzw. Verkauf von preiswertem Wohnungsbestand durch die Übernahme als Genossenschaft verhindert hat. Sie ist damit beispielhaft – leider ohne große Mengeneffekte – und zeigt durchaus eine alternative, innovative Umgangsweise für die zahlreichen Wohnungsbestände in der ganzen Bundesrepublik auf, die von sogenannten „Heuschrecken“ geschluckt wurden, was massenweise zu neuen Wohnungsproblemen führte bzw. führen wird. Das Interessanteste ist sicherlich, dass mit der Genossenschaft Wohnen

der Spekulation entzogen wurde. Kein Bewohner und keine Bewohnerin muss darum bangen, dass in einem profitorientierten Immobilienmarkt über Nacht ihre/seine Wohnung in das Eigentum einer temporeichen Verwertungsgesellschaft wechselt.

Profit? Nein – Geben, Leihen, Schenken!

Wir sind nicht von international agierendem Finanzkapital abhängig. Es geht bei den Genossen an der Ripshorsterstraße eher beschaulich zu. Die jährliche Rendite dient der Rückzahlung öffentlicher Kredite und der finanzierenden Hausbank für die ca. 2 Mio. € Modernisierungskosten. Ren-



Siedlungsbild: Zeichnung vom spanischen Künstler Manuel „Lin“ Barneto

diteerwartungen weiterer Kapitalgeber müssen nicht erfüllt werden. Die Jahresüberschüsse aus den 68 Wohneinheiten mit insgesamt 4.886,51 Quadratmetern Wohnfläche konnten in den letzten Jahren in die Rücklage genommen werden bzw. dienten als Eigenkapital für die Modernisierung des Bestandes. Mieten zwischen 3,66 € und 4,27 € pro Quadratmeter im sanierten Bestand sind Beleg dafür und sorgen zugleich für ein bezahlbares Mietniveau. Die Genossenschaft hat die letzten vierzehn Jahre wirtschaftlich gut überstanden und steht mit einer 100%-Vermietung solide da. Ängste um den Verlust der Wohnung muss sich niemand machen, sofern er seinen Mietzahlungen nachkommt.

Bunt, aber gut organisiert

Das von der Punkrockband Ton Steine Scherben wunderbar wiedergegebene Lebensgefühl „Das ist unser Haus, schmeißt doch endlich Schmidt und Press und Mosch raus

...“ (Rauchhausong) wich zunehmend einem souligen Xavier Naidoo: „Dieser Weg wird kein leichter sein, dieser Weg wird steinig und schwer ...“. Ein seit der Gründung aktiver ehrenamtlicher fünfköpfiger Vorstand berät im Wochenrhythmus die anstehenden Probleme. Ihm steht ein Aufsichtsrat mit fünf Personen vor. Ein davon personell unabhängiger Belegungsausschuss administriert die Vergabe der Wohnungen. Die Genossenschaft Riweho ist nicht vergleichbar mit einem klassischen, selbst organisierten Wohnprojekt. Die Bewohnerschaft ist eine in Teilen (ehemalige Hausbesetzer), aber nicht in Gänze, „frei“ gewählte Gemeinschaft von 138 Menschen. Das Besondere ist die Vielfalt der Bewohnerschaft, die hier zusammenlebt: Das sind Junge und Alte, schlecht und weniger schlecht Situierte, Thyssen-Rentner, häufig mit Migrationshintergrund, Single-Haushalte, Alleinerziehende, Familien und Hausgemeinschaften.

Quertreiber und Gegner

Obwohl es Anfang 2000 gelang, über 90% der damaligen Bewohner für die Realisierung der Genossenschaftsidee zu gewinnen, gibt es bis heute einige hartnäckige Gegner innerhalb der Bewohnerschaft, die mit jahrelangen Prozessen die Modernisierung nicht nur ihrer Wohnung, sondern ganzer Häuser verhindert haben und trotz ihrer vergleichsweise historisch niedrigen Mieten immer wieder auf Instandhaltung klagen, statt einer Modernisierung zuzustimmen. Die sehr un-solidarischen Verhaltensweisen richteten sich vor allem gegen die gewählten Gremienvertreter der Genossenschaft: Was der Alteigentümer jahrzehntelang an Instandhaltungsarbeiten unterlassen hatte, sollte nun der Vorstand „mal eben“ regeln: Instandsetzungsarbeiten an Fenstern und Türen oder Ähnliches. Teilweise in absurder Form gab es Hausbesuche bei den Vorständen: Jetzt konnte man ja den „neuen Eigentümer“ direkt als Nachbarn um jede Uhrzeit auf Mängel aufmerksam machen. Diese internen Auseinandersetzungen haben den Aktiven und ehrenamtlich Engagierten bis heute viel unnötige Kraft und Energie gekostet.

Die Sache zählt

Das bestehende Potenzial und die feste Grundüberzeugung bei den Aktiven und Engagierten haben Störungen immer wieder eingefangen. Ihre belastbaren Naturells, ihre Halb-Professionalität, Lernbereitschaft und die Liebe zum Menschen halfen über viele Schwierigkeiten hinweg. Ohne z.T. auch einflussreiche Überzeugungstäter, gestandene Verwaltungspersonlichkeiten und Profis (Finanzen, Bauwesen, Mietverwaltung, Banken, Presse), die auch mal einen schwierigen Wegesabschnitt mitgehen, hätte die ganze Sache sicherlich einen anderen Verlauf nehmen können. Denn Selbstverwaltung hat auch einen Preis: Nichts geht ohne Eigeninitiative und Identifikation mit dem Projekt. In Genossenschaften lässt sich Demokratie im Kleinen lernen und üben. Konfliktfähigkeit, Toleranz und die nötige Empathie für die Suche nach tragfähigen Lösungen sind nachhaltige Befähigungen über das reine Wohnen hinaus.

Darum ist es in der Riweho so lebenswert

Die Lebensqualität der Siedlung, wovon ein wesentlicher Teil das Miteinander ausmacht, wird von vielen – auch von

Älteren – geschätzt: Die Belegungsliste der Siedlung zeigt eine hohe Nachfrage. Drohender Leerstand ist überhaupt kein Thema für die Genossenschaft. Das Durchschnittsalter der Bewohnerschaft sinkt, und gerade für Familien gibt es mit großen Gärten und viel Grün ein optimales Wohnumfeld. Kinder finden tolle Spiel- und Aufenthaltsqualitäten im Freien.

Eine Perle der Architektur stellt das Gemeinschaftshaus der Siedlung dar. Über das Förderprogramm „Initiative ergreifen“ des Landes NRW wurde ein Gemeinschaftshaus mit einem sehr hohen Selbsthilfeanteil als erste große Bewohneraktivität nach dem Ankauf (und noch vor der Sanierung der Häuser) erbaut. Auch 12 Jahre nach der Fertigstellung bietet es sowohl in lauen Sommernächten als auch in den langen Wintermonaten den Raum für vielfältige Aktivitäten. Im Gemeinschaftshaus sind eine Werkstatt und das Büro der Genossenschaft angesiedelt. Kern aber ist ein fast 100 qm großer Versammlungs-, Feier- und Veranstaltungsraum, der durch seine vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten das gemeinschaftliche Siedlungs- und Quartiersleben bereichert. Hier wird einfach mal gefeiert, über streitige Themen diskutiert, es werden aber auch Situationen von Solidarität und Gemeinschaftsgefühl geschaffen und damit auch an der Zukunft geschmiedet.

* Der Whitehall-Fonds gehört zu den großen Immobilienkonzernen in Deutschland mit schätzungsweise 170.000 Wohnungen.

**Die Deutsche Annington Immobilien Gruppe (DAIG) wurde 2001 gegründet. Sie ist mit rund 210.000 eigenen und für Dritte verwalteten Wohnungen an rund 600 Standorten das größte Wohnungsunternehmen in Deutschland. Eigentümerin ist die Londoner Private-Equity-Gesellschaft Terra Firma Capital Partners.

Volker Wilke ist Sozialwissenschaftler, er arbeitet als Geschäftsführer bei der kommunalpolitischen Vereinigung der Grünen NRW und lebt seit den 80er Jahren in der Siedlung.

Impressum

Verlag:
 AMOS c/o Ute Hüttmann
 Hervester Str. 2, D-45768 Marl
 Fon: 02365-501671
 E-Mail: huettmann.mar1@t-online.de

Redaktion:
 AMOS c/o Hartmut Dreier
 Schumannstr.6, D-45772 Marl
 Fon: 02365-42076
 E-Mail: dreier.mar1@freenet.de

E-Mail:
 redaktion@amos-zeitschrift.de

Konto:
 AMOS, Kto.Nr. 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Internet: <http://amos-zeitschrift.de>

ISSN 1615 - 3278

Erscheinungsweise: 1 x vierteljährlich

Herausgabe & Redaktion: Wolfgang Belitz, Unna | Robert Bosshard, Oberhausen | Hartmut Dreier, Marl | Rolf Euler, Recklinghausen | Friedrich Grotjahn, Bochum | Rolf Heinrich, Gelsenkirchen | Ute Hüttmann, Marl | Wolf-Dieter Just, Duisburg | Jürgen Klute, Wanne-Eickel | Carl-D.A. Lewerenz, Herne | Axel Lippek, Bochum (V.i.S.d.P.) | Heinz Listemann, Dortmund | Anna Musinszki, Dortmund | Hermann Schulz, Wuppertal | Renate Wangelin, Bochum

Schwerpunktthema verantwortlich: Sebastian Müller

Schlussredaktion:
 Axel Lippek (Layout)
 Ute Hüttmann (Textbearbeitung)

Titelbild: Manfred Walz
AMOS Schriftzug: Jochen Stankowski

Realisation:
 Wodarczak Druck & Medien
 45772 Marl

Papier: chlorfrei gebleichtes Papier

AMOS kooperiert mit dem elektronischen Nachrichtendienst „ley.de“ (Leipzig)

Rosemarie Ring

Frauen Netzwerk Ruhrgebiet: Wohnen und Armut in der Region

Siedlungsentwicklung für Wohnen, das war am 12. März 2013 der Abschluss der „Fachdialoge“, mit denen der Regionalverband Ruhr, RVR, begonnen hat, die Aufstellung seines Regionalplans mittels eines regionalen Diskurses in Angriff zu nehmen. Routiniert hatte man/frau um 9.45 Uhr das Busshuttle ab Hauptbahnhof Hamm zu Aufwachkaffee und Namensschildchen im Maxipark von Hamm genommen, dann ein wenig in der Vorhalle mit Planerfreunden und -freundinnen aus dem Ruhrgebiet geschwätzt und sich schließlich mit den 120 oder 150 Anderen in lockeren Stuhlkreisen vor dem Vortragspodium niedergelassen. Frau schaut sich um, der Dresscode ist heute deutlich lockerer, das Publikum weiblicher als gestern – als nämlich industrielle und gewerbliche Entwicklung dran war: Da überwog Anzugschwarz mit Mann.

10.10 Uhr, jetzt ist der Planungschef dran, Martin Tönnies, der etwas zur Begrüßung und zur Diskursorientierung für diesen Regionalplan sagt – und dann ein Moderator, der erklärt, wie dies heute umgesetzt wird. Er macht das sofort praktisch, bringt das Publikum zum Aufstehen von den Stühlen und zum Wandern im Raum, damit kommunale, wissenschaftliche, planerische Kompetenzen und Leute aus Großstädten und kleineren Städten im Ruhrgebiet in neuen Stuhlkreisen ordentlich gemischt werden. Na ja.

10.20 Uhr passiert etwas Unprogrammgemäßes und Überraschendes. Nicht etwa Michael Bongartz, der oberste Regionalplaner des RVR, erzählt etwas zum Thema Regionalplanung im Allgemeinen und im Ruhrgebiet im Besonderen auf Planungschinesisch, einer Fremdsprache, die hier die meisten gut genug zu beherrschen scheinen, um eine Speisekarte zu verstehen. Nein, überraschend hat die Regie des Tages ein Statement des Frauen Netzwerks Ruhrgebiet platziert. Frauen Netzwerk Ruhrgebiet, was ist das denn? Was wollen die? Warum dürfen die hier reden? Drei Minuten hat Brigitte Karhoff Zeit bekommen und darf darüber reden, was das Netzwerk zu „Wohnen in der Region“ aus Frauensicht in petto hat:

Wohnen in der Region

„Regionalplanung ist vor dem Hintergrund der demografischen und ökonomischen Entwicklung als integrierter/integrierender Handlungsansatz voranzutreiben.“ Erforderlich dazu:

1. eine qualitätvolle Wohn- und Siedlungsstruktur, die die Belange unterschiedlicher Bevölkerungs- und Einkommensgruppen aufgreift. Hierzu sind gender-differenzierte kleinräumige und regional zu bündelnde (Teilraum-)Analysen notwendig!

2. eine integrierte und differenzierte Bestandsentwicklung, eine Festlegung regionaler und kommunaler Qualitätsstandards für die Bereiche Wohnen im Verbund mit Infrastruktur, Mobilität, Arbeit und Bildung.

Dies ermöglicht eine positive, an den jeweiligen Lebenslagen und Lebensphasen ausgerichtete und soziale Schief lagen beseitigende Wohnungs- und damit auch Stadtentwicklungspolitik. Nur so kann Chancengleichheit entstehen!

Wie sehen Strategien zur Umsetzung aus?!

Das Fachfrauen Netzwerk schlägt die Erarbeitung eines „Masterplans Wohnen Ruhr“ vor:

- Wohnstandorte sind im Kontext einer integrierten Siedlungs- und Verkehrsentwicklung, einer verbesserten Vernetzung und damit Erreichbarkeit unterschiedlicher Arbeits-, Bildungs-, Infrastrukturangebote und damit als Lebensorte zu entwickeln,
- vorhandene regionale und kommunale Kenntnisse und Analysen sind zu bündeln, um bislang fehlende kleinräumig und (geschlechtsspezifisch, RR) differenzierende Analysen zu ergänzen.

Eine gute Grundlage liefern bereits die vorhandenen Wohnungsmarktanalysen, regionale und kommunale Stadtentwicklungs- und Wohnkonzepte rund um die skizzierten Handlungsfelder und -ziele.

Eine innovative soziale Wohnraumpolitik für die Region bedeutet jedoch noch mehr: Hier gilt es den aktuellen ökonomischen und sozialen Herausforderungen gerecht zu werden: Erhalt und Schaffung eines attraktiven Lebensraumes und Siedlungsbestandes für Jung und Alt, für Arme und Gutverdiener.

Das Frauen Netzwerk fordert einen Paradigmenwechsel in der Regionalplanung, die traditionell auf die Steuerung von Siedlungswachstum und flächenbezogener Wohnsiedlungsentwicklung ausgerichtet war.

Qualität statt Quantität lautet das Schlagwort! (Kommentar des Zuhörers S.M.) Großer und spontaner Beifall aller Zuhörerinnen und Zuhörer! Dann sagt der Planungschef des RVR noch: „Alles, was Sie gesagt haben, wird sorgfältig für später zu Protokoll genommen, nichts fällt unter den Tisch. Aber wir werden einen relativ konventionellen Regionalplan machen.“ Dann Vorträge, Stühlerücken, Tischkreise, Ergebnisstatements, kommunale Baulandbegehrlichkeiten. Es ist offensichtlich: „Als Träger der Regionalplanung arbeitet der Regionalverband Ruhr derzeit an einem einheitlichen Regionalplan für die Metropole Ruhr.“ Auf Ruhrhochdeutsch: Am regional Planen issa dran. Ob ein Paradigmenwechsel der Regionalplanung, siehe oben, der das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verfolgt, aus den Tiefen des Protokolls je wieder auftauchen wird – großes Fragezeichen.

Rosemarie Ring, ist studierte Raumplanerin mit Erfahrungen im Projektmanagement sozial und ökologisch engagierter Projekte. Sie hat u.a. das „Stadtteilzentrum Adlerstraße“ in Dortmund aus der Umwandlung einer Maschinenfabrik in Gebäude mit Büros, dem Dortmunder Mütterzentrum, ein Bildungsnetzwerk und ein öffentliches Bistro/Resto organisiert. Sie hat das Projekt „Handfest“ zur Fortbildung von jungen Frauen aus Bauberufen initiiert und geleitet. Sie ist Mitgründerin und Initiatorin des „Beginn Hof Dortmund“ und Mitglied im Planerinnen Netzwerk Ruhrgebiet. Sie wohnt in Dortmund.

Ian Pollock

Wie in den USA so auch hierzulande

Hass wie eine Epidemie räumlich machen – und kurieren!

Schon Hippokrates erkannte die Wechselbeziehungen zwischen menschlichem Wohlbefinden und Luft, Wasser und räumlicher Umgebung. Aber es dauerte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, dass die erste fundierte kartographische Erfassung des Ausbruchs und der Verbreitung von Krankheiten erfolgte. Es handelt sich um die Cholera-Karten, die John Snow benutzte, um die Quelle einer Choleraepidemie zu bestimmen.

John Snow entdeckte, dass die Übertragung von Informationen auf Landkarten völlig neuartige Erkenntnisse liefern konnte. Noch wichtiger war jedoch, dass durch das Zeichnen von Karten und die Bestimmung des Ausgangspunktes von Krankheiten Fragen zu ihrer Natur gestellt werden konnten, die bislang nicht gestellt worden waren. Snows Karten machten nicht nur sichtbar, was vorher nur vermutet worden war, sie enthüllten auch Dinge, an die man vorher nicht einmal gedacht hatte. Visualisierung von Daten lieferte nicht nur Antworten. Noch wichtiger war, dass sie die Fragestellungen veränderte.

Seit Snows Karte sind unsere Mapping-Werkzeuge und Strategien der Datenerfassung immer ausgefeilter und komplexer geworden. Bedauerlicherweise wird die Philosophie, wie Daten erfasst werden und wo dabei Grenzen gezogen werden, heute dazu benutzt, Karten zu erstellen, die keine neuen Fragestellungen provozieren, sondern vorherrschende Mythen und Ideologien festigen, wie Mark Monmonier in ‚How to Lie with Maps‘ überaus deutlich darlegt.

BIASMAP, eine räumliche Epidemiologie des Hasses, verfolgt Voreingenommenheit und Vorurteile, indem durch ‚Crowdsourcing‘ Berichte über Diskriminierung und offenen Hass gegen bestimmte Teile der Bevölkerung gesammelt werden. Mit Biasmap fragen wir, welche Muster sich ergeben. Welche neuen Fragen zeigen sich, wenn Zeiten und Orte festzustellen sind, bei denen diese Aggressionen sich häufen? Weiten sich die Aggressionsschwerpunkte im Verlauf der Zeit aus?

Es gibt wissenschaftliche Hinweise darauf, dass schädliche Verhaltensweisen aus Furcht vor Ansteckung durch Außenseiter entstehen. Biasmap fragt: „Sind Hass und Vorurteile ansteckend, und was sind die Übertragungswege dieser Infektion? Welche Rolle spielen offizielle Hassreden von Politikern und anderen Prominenten bei der Ausbreitung unter den Zuhörern?“

In diesen Karten werden nicht nur kriminelle Aktivitäten dokumentiert. Sie berücksichtigen auch die kleinen, kaum wahrnehmbaren Augenblicke, wenn man feststellt, dass sich gerade etwas Unfares oder Unfreundliches ereignet hat, nur weil man der ist, der man ist. Wenn so etwas passiert, ignorieren wir es gerne. Uns wird oft eingeredet, dass wir uns nur einbilden, wir hätten den Job nicht wegen unseres Geschlechts, unserer Rasse oder unseres Herkunftslandes bekommen. Während wir den wahren Grund wohl nie erfahren

werden, ist das Dokumentieren solcher Vorkommnisse ein Motiv von BIASMAP. Man stelle sich vor, dass jeder, der solche Erfahrungen macht, sie in die Karte einträgt. Welche Muster könnten wir entdecken?

Ian Pollock ist in diesem Jahr im AMOS Jahreskolumnist, er steuerte bereits in AMOS 3/2012 „Occupy/Krisen“ einen Beitrag bei. Ian Pollock ist ein digital arbeitender Medienkünstler mit Abschlüssen zu Fine Art in New Media des San Francisco Art Institute und Berkeley. Er ist in Kürze Master of Education der San Francisco State University. Er lehrte bisher in den USA, im Libanon, Ägypten und in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Er hat in vielen Ländern Ausstellungen gehabt. Seine Arbeitsmappen sind abrufbar auf: <http://www.biasmap.org>, <http://www.GuerillaGraffers.org>, das im Herbst 2012 als Teil von <http://www.spontaneusinterventions.org> in der 13. Architekturbiennale in Venedig ausgestellt war.

Übertragung aus dem Englischen von Manfred Pegam, Bochum 2013

ZWVVF

die Literatur dazu:

Huang, J. Y. et al. "Immunizing Against Prejudice: Effects of Disease Protection on Attitudes Toward Out-Groups."

Racism as a stressor for African Americans. A biopsychosocial model. Clark R, Anderson NB, Clark VR, Williams DR.

Adorno, T. W., Frenkel-Brunswik, E., Levinson, D.J., Sanford, R. N. (1950). The Authoritarian Personality. Norton: NY.

AMOS-ABO

Ich bestelle ein AMOS-ABO

gegen eine Kostenbeteiligung von z.Zt. 18,- € pro Jahr.

Rechnungsanschrift (AbonentIn)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____
 Datum _____ Unterschrift _____

Lieferanschrift (falls von Rechnungsanschrift abweichend)

Name _____
 Straße _____
 PLZ/Ort _____

Zahlungsweise

- Verrechnungsscheck über 18,- € liegt bei
- Überweisung über 18,- € ist erfolgt
 am _____ an AMOS, Marl, Konto 33 300 120
 Sparkasse Bochum (BLZ 430 500 01)

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann. Laut Gesetz bestätige ich dieses Wissen mit meiner Unterschrift: _____

ausschneiden und einsenden an Hartmut Dreier, Adresse s. Impressum

Manfred Walz und Hartmut Dreier

Menschenorte 18

Amasya – Marl – Amasya – Marl

Im nördlichen Ruhrgebiet zwischen Herten, Marl und Recklinghausen breiten sich viele Felder aus, mit verstreut liegenden Bauernhöfen. Ein Hof in Herten-Scherlebeck ist uns aufgefallen: der landwirtschaftliche Betrieb der Familie Schulte-Scherlebeck, die u.a. Spargel und Obstkulturen anbaut und u.a. in ihrem schönen Hofladen mit Landcafé und Gastronomie vermarktet. „Um die Ecke herum“, hinter den Hofgebäuden, schaltet und waltet ein aus der Türkei stammendes Ehepaar, Ali und Türkan Cerik, bei Bedarf verstärkt



aus der 15-köpfigen Großfamilie. Sie kümmern sich um das Wachsen und Vermarkten von Bohnen, Kartoffeln, Kürbis, Lauch, Mais, Zwiebeln – direkt vom Feld; wer will, erntet selber. Kundschaft sind Landsleute aus dem ganzen Ruhrgebiet „und bis nach Bonn und Bielefeld“, dazu unsereiner und Ökofreaks, die es so schätzen. Jörg Schulte-Scherlebeck, der mit seinem Bruder Heiner den Betrieb von den Eltern übernommen hat, sät zur Saatzeit aus, in Absprache mit Ali und Türkan. Beide Ceriks kümmern sich dann um alles Weitere. Türkan hat die Felder im Auge, Ali rechnet in seinem Verkaufshäuschen ab, neben dem ein früherer, eigens hergerichteter Bauwagen steht mit dem handgeschriebenen Schild „Mescid“. Jeweils für eine Saison verabreden sich die beiden Verantwortlichen (Ali und Jörg) mit Handschlag. Ali, Türkan und ihre Großfamilie versorgen sich direkt vom Feld und den Obstplantagen durch „Entnahme“, im Tausch für ihre Arbeitskraft.

Ali kam 1971 und seine Frau Türkan mit ihren zwei Kindern folgten 1975 in das damals noch florierende nördliche Ruhrgebiet mit seinen Zechen. Inzwischen sind sie schon drei Generationen in Marl-Brassert in einem Umkreis von wenigen hundert Metern in Zechenhäusern, die sie gekauft und umgebaut haben. Die beiden „Alten“ sind dank ihres aktiven Lebens in der frischen Landluft auf den Feldern von Mai bis Oktober immer gesunder geworden – und unternehmungslustiger. Das Winterhalbjahr verbringen sie – dort an ihren Häusern weiterbauend – im türkischen Amasya südlich von Samsun. Sie sind eine alte alevitische Familie mit der Würde eines „Dede“, der das „Cem“ leitet, die Lehre weitergibt, wo jeweils der Älteste vom Vater/von den Eltern in das religiöse Wissen eingeführt wird. Inzwischen beschäftigt sich der älteste Sohn, ein Bergmann, der 2014 in Anpassung geht, intensiver mit diesem Wissen der Aleviten – per Internet und in Gesprächen mit dem Vater. Sie betonen mit Nachdruck: „Der Mensch ist heilig! Das Heiligste ist der Mensch!“ Bildung wird großgeschrieben, die Kinder und Enkel sind in handwerklichen und kaufmännischen Berufen, eine Tochter hat studiert und arbeitet in der Personalentwicklung in der Wohnungswirtschaft, eine Enkelin in einem interkulturell und in Bildung profilierten evangelischen Kindergarten in Recklinghausen-Süd. Ali und Türkan haben ihren Kindern immer nur das Beste zugetraut und sie früh selbständig laufen lassen. Kindliche „Schrecken“ erwähnen sie staunend lächelnd bei-

läufig: das Grau der Häuser hier, Ohrfeigen in der (deutschen) Schule, Schnee statt Süßigkeiten am Morgen des Nikolaustages in den großen Gummistiefeln, die sie als Kinder vor die Haustür gestellt hatten. Alle sind musikalisch, singen und spielen Saz, sie tanzen ihre Tänze, eine malt „impressionistisch/expressionistisch“. An diesem Wochenende nimmt ein Enkel an einem Geigen-Workshop teil. Seine Eltern traten bei ihrer eigenen Hochzeitsfeier vor etlichen Jahren mit einem (konzertreifen) Saz-Duo auf.

Ali war vor 1971 zuhause in der Türkei Viehzüchter und Viehhändler. Wirtschaftliche Sorgen zogen ihn ins nördliche Ruhrgebiet, wo er mit seiner Familie und vielen anderen seitdem die Zechenschließungen rings um ihre neue Heimat Marl erlebten und erlitten. Ali begann vor Jahren auf dem Hof der Schulte-Scherlebecks zu arbeiten, zunächst als Aushilfskraft. Er fiel als tüchtig und engagiert auf, und schließlich wurde ihm und seiner Frau die Vermarktung anvertraut. So ist Ali auf seiner Lebensbahn von der Türkei bis ins Ruhrgebiet wieder im Landwirtschaftlichen angekommen. Und er hat einen großen Traum: Es gibt so viele nicht genutzte Flächen hier. Da will er noch mehr Nahrungsauffang, auch für die Zukunft: Walnussbäume und Esskastanien, Pflaumen an der Südseite. Fünf Hektar groß. „Zeigt mir eine gute Stelle!“, fordert er uns zum Abschied auf.



Manfred Walz, Jg. 1940, in *Synthese von Naturwissenschaften und Kunst in einer Ausbildung zum Architekten, dann Stadtplaner, immer zeichnend, und seit 1984 Titelblattzeichner für AMOS*

Hartmut Dreier, Jg. 1938, lebt in Marl, seit 1969 im AMOS aktiv

Lesetipps zu Palästina

Peter Beinhart

**Die amerikanischen Juden und Israel
Totengräber der Demokratie. Was falsch läuft**
C.H.Beck, München, 320 S.

Felicia Langer

Mit Leib und Seele. Autobiographische Notizen
www.zambon.net, 152 S.

Viktoria Waltz

**Israel. Monopoly ohne Grenzen
Politische Raumplanung – Ethnozentrismus – Rassismus**
Online als pdf-Datei zu lesen: www.palaestina-portal.eu/buecher

Petra Wild

**Apartheid und ethnische Säuberung in Palästina.
Der zionistische Siedlerkolonialismus in Wort und Tat**
Promedia, Wien, mit Karten, 240 S., www.mediashop.at

Statement anlässlich des Tages des Bodens 2013

Seit 1976 demonstrieren palästinensische Bürger Israels, Palästinenser weltweit und deren Unterstützer Jahr für Jahr, um an den Tag des Bodens zu erinnern: Im März 1976 hatte die israelische Polizei sechs israelische Palästinenser getötet, die im Zuge von Massenprotesten gegen eine Regierungspolitik protestierten, die palästinensisches Land konfiszierte und an jüdische Gemeinden weitergab.

Bei dem Versuch, große Teile Israels zu „judifizieren“, wurden in den vergangenen 37 Jahren weitere große Teile palästinensischen Landes in Israel beschlagnahmt. In dieser Zeit wurden immer mehr palästinensische Bürger Israels von der israelischen Polizei getötet, verletzt und zu Unrecht festgenommen. Die jährlichen Demonstrationen zum Tag des Bodens werden abgehalten, um an jene zu erinnern, die im Zuge ihres Kampfes um Gerechtigkeit getötet wurden, und um sicherzustellen, dass die Verbrechen von Gewalt, Enteignung aufgrund ethnischer Zugehörigkeit und Diskriminierung nicht in Vergessenheit geraten.

Die Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost weiß, dass die israelische Regierung auch heute daran denkt, etwa 30.000 Beduinen aus ihren Häusern im Negev zu vertreiben. Die Demonstrationen zum Tag des Bodens sind also in diesem Jahr ebenso notwendig wie je zuvor.

Deshalb versteht sich die Jüdische Stimme als Teil der weltweiten Aktivitäten, die Hunderte von Gruppen organisieren, um des Tages des Bodens zu gedenken, und sie gesellt sich zu den Millionen, die ihre Stimme gegen die vom israelischen Staat sanktionierte Diskriminierung erheben.

Wir erinnern als Jüdische Stimme an den Tag des Bodens nicht nur, weil wir entsetzt sind über die Ungerechtigkeit und Grausamkeit der israelischen Politik. Wir erinnern an den Tag des Bodens nicht nur, weil wir solidarisch sind mit dem gerechten Kampf der Palästinenser um Freiheit und Gleichberechtigung. Wir tun es auch, weil wir uns verpflichtet fühlen, der israelischen Regierung und den Regierungen Europas zu sagen: „Nicht in unserem Namen!“

Der israelische Staat sieht seine Politik der Judifizierung der Palästinensergebiete in Israel als notwendigen Schritt für die Festigung eines jüdischen Staates, und behauptet, dieses Land zu benötigen, um Juden, die außerhalb Israels leben und eines Tages nach Israel kommen mögen, eine Heimstatt zu bieten. Als Juden lehnen wir diesen Anspruch und diese Politik ab. Wir weigern uns, dem Staat Israel zu gestatten, uns als Rechtfertigung für die Enteignung der rechtmäßigen Besitzer und Bewohner ihres Landes zu missbrauchen.

Die Europäische Union und insbesondere die Bundesrepublik Deutschland unterstützen Israel ökonomisch und diplomatisch, wodurch sie die rassistische Politik der israelischen Regierung legitimieren. Die deutsche SPD hat vor, Israel zum 65. Jahrestag seiner Gründung am 16. April ein „Geschenk“

zu überreichen: einen Wald, den der Jüdische Nationalfonds im Negev pflanzen wird. Die Unterstützung der SPD für eine Organisation, deren Ziel es ist, Palästinenser zu vertreiben und sie durch Juden zu ersetzen, ist ein düsteres Beispiel für das fortgesetzte Engagement Europas bei der illegalen und unmoralischen Kolonisierung des Nahen Ostens.

Als europäische Bürger erinnern wir an den Tag des Bodens, indem wir von unseren Regierungen verlangen, ihre Unterstützung der Verbrechen des israelischen Staates zu beenden.

Publiziert am 3. April 2013 vom Vorstand <<http://www.juedische-stimme.de/?author=1>>



Ein palästinensisches Kind hat unter den Trümmern des von der israelischen Armee zerstörten Hauses seinen Hasen wiedergefunden

www.-tipps zum Weiterlesen

... auf www.juedische-stimme.de weitere Beiträge ihrer Mitglieder; die ‚Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost‘ ist assoziiertes Mitglied der europäischen Föderation ‚European Jews for a Just Peace – EJJP‘. Sie kommentiert als Teil der Friedensbewegung kritisch die Vorgänge im Nahen Osten und die Beteiligung von Deutschland bzw. anderer europäischer Staaten. Und unter dem Motto „Nicht in unserem Namen“ wendet sie sich gegen jeden Versuch der Vereinnahmung für gegensätzliche Ziele ...

... auf www.nrhz.de/flyer u.a. aktuelle Kommentare von Evelyn Hecht-Galinski, deren Buch „Das elfte Gebot: Israel darf alles“ 2012 im tz-Verlag herauskam ...

... auf www.amos-zeitschrift.eu einen Artikel der deutschen Friedensaktivistin und Autorin Ellen Die-derich: Die bittere Geschichte der Beduinenfamilie es-Sanes aus Lakiya – im Negev/Israel – mit einer Reihe von Schwerpunkten darin: Gewaltpräsenz aller Tage - Globalisierung, Tradition und Moderne - Die Familie es-Sanis - Rolle und Lage der Frauen und der Familien - Nicht mehr Analphabetin sein - Die Zärtlichkeit und Liebe zu den Kindern - Geschichte und heutige Lage der Beduinen - Die Nicht anerkannten Dörfer - Beschneidung der Lebensmöglichkeiten und permanente Enteignungen – Bildung - Gesundheit - Ungleiche Landverteilung, systematische Zerstörungen (Ellen Die-derich, Lothringer Str. 64, 46045 Oberhausen - friedensa@aol.com) ...

... auf www.medico.de lohnt sich das Lesen des Beitrags von Tsafir Cohen, Nahostreferent von medico, im Rundschreiben 2013/01: Große Erwartungen. 20 Jahre nach Oslo. Eine Momentaufnahme ...

... und u.a. auf www.palaestina-portal.eu/ viele weitere Beiträge und Material ...

AMOS – erscheint aus guten Gründen seit 1968 im Ruhrgebiet
ISSN 1615 – 3278

Postvertriebsstück: Gebühr bezahlt

Verlag:

AMOS c/o Ute Hüttmann
Hervester Straße 2 · D-45768 Marl

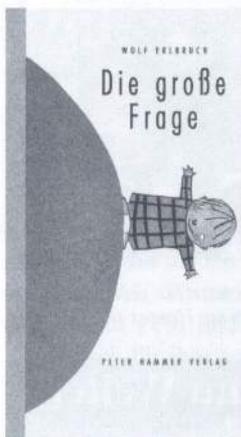
E-Mail: redaktion@amos-zeitschrift.de

Internet: <http://www.amos-zeitschrift.de>

— K 12123 —

Axel Lippek
Witte Wie 2
44892 Bochum

Bilderbücher aus dem Peter Hammer Verlag



Wolf Erlbruch
Die große Frage
52 S., geb., 30 x 17,5 cm
€ 14,90, ISBN 978-3-87294-948-6
Sonderausgabe:
52 S., geb., 10,5 x 18 cm
€ 7,90, ISBN 978-3-7795-0151-0

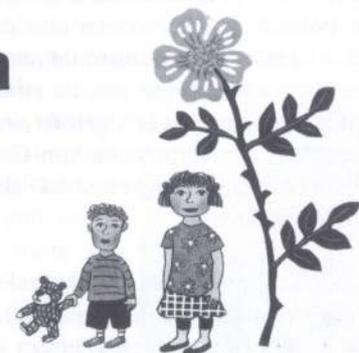
Warum bin ich auf der Welt?
Wolf Erlbruch findet viele,
die eine Antwort wissen auf
diese große Frage.

„Wir lieben dieses Buch.“
FAZ



Viola Rohner (Text)
Dorota Wunsch (Illustr.)
Wie Großvater schwimmen lernte
24 S., geb.
€ 13,90, ISBN 978-3-7795-0353-8

Das kleine Mädchen und der Großvater
erleben vieles zusammen. Eines Tages
will das Mädchen etwas unternehmen,
das für den Großvater das allererste
Mal ist: schwimmen gehen! Ein warm-
herziges Bilderbuch über Junge und
Alte und das gemeinsame Glück.



Jürg Schubiger (Text)
Rotraut Susanne Berner (Illustr.)
Als der Tod zu uns kam
32 S., geb.
€ 13,90, ISBN 978-3-7795-0312-5

Wie mit dem Tod nicht nur das
Leid in dieses Bilderbuch und in
die Welt kommt, sondern auch
Mitleid, Zuwendung und Trost,
das zeigen Jürg Schubigers fein-
gesponnener Text und Rotraut
Susanne Berners klare, kluge Bilder
auf geniale und berührende Weise.



www.peter-hammer-verlag.de